

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 M. Anzeigenpreis die 8 gespalt. Colonnezeile für Arbeitsgehilfe 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Körperliche und geistige Arbeit.

„Es muß Arbeit mit den Händen getan werden, sonst könnte keiner von uns leben; es muß Arbeit mit dem Gehirn getan werden, sonst wäre unser Leben nicht lebenswert.“
Ruskin.

Mancher Arbeiter, der bei der Glut des Hochofens tagaus, tagein seine Kräfte anspannen muß, sieht mit geheimem Neide auf den vornehmen Herrn, der in seiner Mußezeit spazieren geht und mit seinem leichten, freien Auftreten nicht den Eindruck macht, als ob harte Arbeitspflichten ihn drückten. Doch darf man nicht vergessen, daß die Arbeit außer dem Körper auch den Geist in ihren Dienst gestellt hat. Wenn der unzufriedene Arbeiter einen Einblick in die vielen Nervenheilanstalten und Erholungsstätten gewinnt, wo oft die tüchtigsten Menschen als Opfer ihrer Geistesarbeit ein beklagenswertes Dasein führen, dann fällt ihm gewiß zum Bewußtsein, daß man auch in der geistigen Werkstatt bis zur äußersten Anstrengung sich betätigen kann. Es wäre aber auch kurz-sichtig, wenn der Geistesarbeiter die Leistungen des Landmannes, des Handwerkers, des Gewerkschaftlers gegenüber seinem eigenen Schaffen gering einschätzte.

Die Betrachtung, daß die Lebensbedingung der Menschen geradezu an die Tätigkeit der handarbeitenden Klassen gebunden ist, daß die wichtigen Lebensfaktoren: Nahrung, Kleidung, Wohnung sich auf die körperliche Arbeit stützen, wurde bekanntlich schon bei den Römern angestellt, um die Unzufriedenheit der verschiedenen Klassen zu heben. Andererseits muß auch bedacht werden, wie armselig das Leben wäre, wenn Künstler, Forscher, Gelehrte, Staatsmänner, Lehrer und Briefträger nicht in ernster Geistesarbeit für das höhere Leben des Menschen Sorge trügen. Selbst der anspruchsloseste Kulturmenschen würde es als einen Mangel empfinden, wenn er nicht mit der geistigen Arbeitswelt durch Zeitungen und Bücher, durch den Blick von Kunstwerken und die Benennung technischer Erfindungen verbunden wäre.

Naturngemäß beanspruchen die geistigen Arbeitswerte eine höhere Anerkennung als die körperlichen. Darum gehört auch ein tiefer Einblick in den gesamten Arbeitsorganismus des Menschen dazu, daß ein denkender Handarbeiter mit seiner bescheidenen Stellung zufrieden sei in dem Bewußtsein, auch hier eine wichtige und unentbehrliche Arbeitsleistung liefern zu können. Von dem weitblickenden Arbeiter auf dem Felde des Geistes darf man ebenso erwarten, daß er alle Achtung vor der Körperarbeit seiner Mitmenschen hat.

Es bleibt die Aufgabe der Besten, die Menschheit auf die Höhe zu führen, wo sich alle in gegenseitigem Gedenken und Nehmen die Hände reichen, um das Leben einander möglich und lebenswert zu machen.

Zum Entschluß — die Tat!

„Das als notwendig Erkante nicht nur wollen, sondern es tun; es sofort in Angriff nehmen; denn jeder verlorene Augenblick wirkt wie ein Bremshebel auf den Entschluß.“ Das ist das Gesetz des Erfolges. — Die Tatkraft, welche man verschwenden muß, um die Ausführung eines Entschlusses bis morgen aufzuschieben, würde in vielen Fällen hinreichen, die ganze Arbeit heute spielend zu bewältigen. Und wie viel schwerer, wie viel unangenehmer ist zudem eine aufgeschobene Arbeit, als eine sofort ausgeführte! Was man zur rechten Zeit mit Lust und Liebe zur Sache leicht errungen, das wird einem nach einem Aufschub von Tagen und Wochen zur Last. Aufschub ist gleichsam der Damm, vor dem sich die unausgeführten Vorfälle und Entschlüsse zu jenem verderblichen See aufstauen, in welchem nur zu oft schon Wille und Selbstvertrauen zu Grunde gingen.

Das sind so einige Gedanken, die, obgleich durch die Geschichte der Menschheit als Wahrheiten bezeugt, auch von unseren Gewerkschaftlern noch viel zu wenig beachtet werden. Wir stehen jetzt wieder in der Periode der jährlichen Generalversammlungen. Die Berichte aus den Ortsgruppen häufen sich wieder auf der Redaktion. Die meisten können von Fortschritten im vergangenen Jahre erzählen — nicht alle. Worin alle aber in mehr oder minder starker Betonung übereinstimmen, das ist der Wille, weiter vorwärts zu kommen im neuen Jahre, der Vorfall, die Werbearbeit fortan in verstärktem Maße zu betreiben. Das ist erfreulich. Allgemein haben die führenden Kollegen an den einzelnen Orten die Notwendigkeit einer weiteren umfassenden Stärkung unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und unseres christlichen Metallarbeiterverbandes im besonderen erkannt. Und an anfeuernden und begeisternden Aufforderungen, an guten Vorsätzen und Entschlüssen hat es, so weit wir übersehen können, auch nirgendwo gemangelt. Gut, das ist soweit ganz in der Ordnung. Nicht aber in der Ordnung ist es, die Ausführung, die Tat bis zu der berücksichtigten „passenden Gelegenheit“ zu vertagen. Denn, Hand auf's Herz Kollegen: Sind nicht die meisten unausgeführten Vorfälle und Entschlüsse des vergangenen Jahres auf das Schuldbüro des Aufschubs zu setzen? Bleibt

nicht das, was man auf „später“ hinausschiebt, meist überhaupt ungetan? — Nun wohl, die Fehler der vergangenen Jahre können nicht dadurch wettgemacht werden, daß man sie in Zukunft wiederholt; im Gegenteil: sie sollen uns Lehre und Ansporn sein, fortan dem Entschlusse die Tat auf dem Fuße folgen zu lassen.

Der rechte Gewerkschaftler, der den Ernst der Zeit erkannt hat, der von dem Streben besetzt ist seinen Beruf, seinen Stand wirtschaftlich und kulturell zu heben, der wird nicht jahraus, jahrein auf eine sogenannte „passende Gelegenheit“ warten wollen, um die notwendigen Mitkämpfer für seine und seines Standes Sache zu gewinnen. Er hält es in dieser Hinsicht mit dem sprichwörtlichen Propheten, der zum Berge ging, weil der Berg nicht zu ihm kam. Gelegenheit zur Werbearbeit hat er immer und hat er sie einmal nicht — nun, so weiß er sie zu finden. Der rechte Gewerkschaftler versteht es aber auch in den anderen Kollegen jenen Geist zu wecken, der auch den letzten Ansporn, sein Nestes auf dem umfangreichen Gebiete der Aufklärungs- und Werbearbeit unter der indifferenten Masse zu leisten. Durch Wort und Beispiel weiß er auch dem Unschlüssigen, dem Zögenden, dem an seiner Fähigkeit Zweifelnden die Ueberzeugung beizubringen, daß es für einen Mann — und Gewerkschaftler müssen Männer sein — kein „Ich kann nicht“, „Ich weiß nicht“ und „Zurzeit nicht möglich“ gibt und geben darf, sondern statt dessen ein „Versuche!“, „Lerne!“, „Tue!“

Jeder einzelne Kollege ist an der Erstarkung unserer Bewegung gleichermaßen interessiert; folglich hat auch jeder sein Möglichstes dazu beizutragen. Jedes neugewonnene Mitglied verstärkt unsere Zahl, verringert das Heer der Indifferenten und bedeutet deshalb für uns einen Schritt vorwärts zum Erfolge. Man klagt so viel über den Terror und den Uebermut der sozialdemokratischen Richtung — aber wird der Vorsprung der älteren und ausdringlicheren sozialdemokratischen Richtung denn durch Klagen eingeholt? Doch sicherlich nicht. Es mag sein, daß sich die Agitation infolge der Ausdringlichkeit und Gewalttätigkeit der Genossen für unsere Kollegen mancherorts schwieriger gestaltet. Das darf und wird aber für den von der Güte seiner Sache überzeugten christlichen Gewerkschaftler kein Grund sein, die Spitze ins Korn zu werfen. Im Gegenteil: Versuche! Tue! Hindernisse überwindet nur der, der gegen sie ankämpft! Der sozialdemokratische Vorsprung in der Gewerkschaftsbewegung — und mit ihm all die Schäden, die für die deutsche Arbeiterbewegung daraus erwachsen — kann und muß durch unsere Bewegung wettgemacht werden. Rund 5 Millionen organisationsfähiger deutscher Arbeiter stehen noch außerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Es liegt auf der Hand, daß die Mehrzahl dieser Arbeiter ihrer Weltanschauung nach zu uns gehören. Unserer Werbetätigkeit bietet sich hier also noch ein ungeheures, aber auch ergiebiges Arbeitsfeld. Ein Arbeitsfeld, das von unseren Kollegen an allen Orten und zu allen Zeiten beachtet werden kann und beachtet werden muß.

Die Sozialdemokratie, die bereits ihre mehr oder minder überzeugten Anhänger und darüber hinaus noch Tausende von Mitläufern in ihren Verbänden gesammelt hat, wendet sich jetzt mit Nachdruck der Bearbeitung dieser Millionen zu. Die systematische Inangriffnahme der Aufklärung und Agitation unter den Unorganisierten durch unsere Kollegen darf also unter keinen Umständen mehr auf die bekannte „günstige Gelegenheit“ hinausgeschoben werden. Aufschub bedeutet hier so viel, als dem Feinde, dem Schädling der deutschen Arbeiterbewegung das Feld räumen.

Drum allerwärts an die Arbeit! Die besten Vorsätze und Entschlüsse verlieren ihren Wert, wenn ihre Ausführung hinausgeschoben wird. Wirken wir in unserem Sinne auf die unserer Bewegung noch fernstehenden Kollegen ein, wann und wo es nur immer möglich ist: während der Pausen in der Werkstatt, auf dem Wege zu und von der Arbeitsstätte, in den Vereinen usw. usw. Sollen wir wie in unsere Versammlungen — und vor allem, suchen wir sie in ihren Wohnungen, in ihren Familien auf. Die Hausagitation soll fortan nicht nur „in Permanenz“ erklärt, sie soll „in Permanenz“ durchgeführt werden. Die kommende Fastenzeit, die stille Zeit, muß überall für eine systematisch durchgeführte Hausagitation nutzbar gemacht werden. Zur Tat!

Der Arbeitsmarkt im Monat Dezember.

Während wir im letzten Monat in unserer Metallindustrie einen Widerspruch zwischen den Berichten über ihren Stand und dem Arbeitsmarkt konstatieren mußten, hat sich im Berichtsmontat eine bedeutende Veränderung vollzogen. Dies ist um so bemerkenswerter, als der Dezember in früheren Jahren

fast immer eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes gegen den November gebracht hat und auch in diesem Jahre in den meisten anderen Industrien die Entwicklung sich so gegeben hat. Allerdings liegt deshalb kein Grund vor, allzu optimistisch zu sein — ein Vergleich mit den früheren Monaten, etwa dem Oktober, dämpft alle übermäßigen Erwartungen.

Im Dezember kamen in der Metallindustrie auf 100 offene Stellen 223 Arbeitsgesuche männlicher Arbeiter gegen 230 im November. Der Arbeitsmarkt hat sich also im Dezember — entgegen der gewöhnlichen Entwicklung — nicht nur nicht verschlechtert, sondern sogar noch etwas gebessert. Gegen den Dezember des Vorjahres haben wir einen guten Fortschritt zu verzeichnen, denn da kamen auf 100 offene Stellen 262 Arbeitsgesuche. Der Arbeitsmarkt für weibliche Arbeitskräfte hat leider eine Verringerung auch im Dezember nicht erfahren. Immerhin ist es schon ein Vorteil, daß er sich in dieser Jahreszeit nicht weiter verschlechtert hat. Es kamen im Dezember auf 100 offene Stellen 190 Arbeitsgesuche gegen 191 im November, und, was sehr zu beachten ist gegen nur 148 im Dezember 1910!

In der Gruppe der Metallverarbeitung und der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate sind insgesamt 61 706 Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 27 650 offene und 22 485 besetzte Stellen gegenüberstehen. Gegen den November hat die Zahl der Arbeitsgesuche um 19 051, die der offenen Stellen um 8486 und die der vermittelten um 8805 abgenommen.

Der Arbeitsmarkt in seiner Gesamtheit hat gegen den November kaum eine Verringerung erfahren, wenigstens soweit männliche Arbeiter in Frage kommen. Im November kamen auf 100 offene Stellen 182 Arbeitsgesuche, im Dezember 183. Gegen den Dezember 1910 ist eine erhebliche Besserung der Lage eingetreten, da hier auf die gleiche Anzahl offener Stellen 218 Gesuche kamen. Insgesamt sind bei 726 Arbeitsnachweisen im Dezember (November) 310 000 (353 000) Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 169 000 (194 000) offene Stellen und 151 000 (170 000) Vermittelungen gegenüberstehen. Auch aus den absoluten Zahlen geht deutlich hervor, daß eine beträchtliche Verringerung des Arbeitsmarktes nicht eingetreten ist. — Erfreulicherweise hat sich der Arbeitsmarkt für weibliche Arbeitskräfte im Dezember wieder gebessert und den günstigeren Stand im Oktober noch übertraffen. Auf 100 offene Stellen kamen 112 Arbeitsuchende gegen 133 im November d. J. Im Dezember (November) sind insgesamt 54 000 (73 000) Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 48 000 (55 000) offene Stellen und 32 000 (39 000) Vermittelungen gegenüberstehen.

Die staatlichen Eisenhüttenwerke im Harz.

Wie wir in unserer Nr. 40 vom vorigen Jahre berichteten, besitzt der preussische Staat im Oberharz neben seinen Blei- und Silberhütten auch noch einige Eisenhütten. Mit einer dieser Eisenhütten, nämlich der fiskalischen „Rothhütte“ zu Rothhütte i/S., wollten wir uns heute etwas ausführlicher beschäftigen. Wir meldeten damals bereits, daß die Rothhütte verkauft oder stillgelegt werden sollte. Ein Käufer ist aber bis heute ernsthaft nicht hervorgetreten, sodaß man mit der Einstellung des Betriebes zum 1. April 1912 bestimmt rechnen mußte. Begrifflicherweise hatte die Arbeiterschaft das allergrößte Interesse an dem Fortbestand des Werkes, gleichviel in welcher Gestalt.

Da diese Verhältnisse den Abnehmern des Werkes natürlich nicht verborgen blieben, suchten manche frühere Abnehmer ihren bisher von der Rothhütte bezogenen Bedarf an Gußwaren anderweitig zu decken, wodurch natürlich der sowieso schon vorhandene Arbeitsmangel noch größer wurde. Die Besorgnis der Hütte hatte sich mittlerweile auf ihre Berufsorganisation besonnen und war dem christlichen Metallarbeiterverbande beigetreten. Von unserer Bezirksleitung aus wurde dann nach den verschiedenen Richtungen hin versucht, die Interessen der Rothhütten Kollegen wahrzunehmen. Nach Rücksprache und reiflicher Ueberlegung mit dem Vorstände unserer Gruppe in Rothhütte richtete sie an den königlichen Berghauptmann zu Clausthal eine Eingabe, in welcher einige Gedanken niedergelegt waren, deren Durchführung für die Hütte und ihre Arbeiter Arbeitsgelegenheit verbürgen würden. Die Sachlage war insofern etwas ungünstiger geworden, weil der Berghauptmann Krümmner, dem bisher das Oberbergamt Clausthal unterstellt war, am 1. 10. 1911 in gleicher Eigenschaft nach Bonn versetzt wurde. Herr Berghauptmann Krümmner hat unsere Organisation ja gerade nicht allzu freundlich behandelt, aber andererseits hat er uns auch keine nach außen erkennlichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Jetzt kam Herr Berghauptmann Steinbrink nach Clausthal als Leiter dieses wichtigen Bezirks, von dem wir noch nicht wußten, wie er sich dem christlichen Metallarbeiterverbande gegenüber stellen würde. Da wir uns aber andererseits sagten, daß ein auf verantwortungsvollem Posten stehender preussischer Beamter, wenn er unsere Bewegung kennen gelernt hat, ihr keine Schwierigkeiten in den Weg legen werde, so richteten wir unterm 23. Oktober 1911 eine den Wünschen der Arbeiter entsprechende Eingabe an das Oberbergamt Clausthal, in welcher eine Reihe von Vorschlägen zur Beschaffung von Arbeit für das Werk gemacht und auf das Interesse der ganzen Bevölkerung am Weiterbetrieb des Hüttenwerkes hingewiesen wurde.

Auf diese Eingabe erhielt unsere Bezirksleitung unterm 26. Oktober 1911 folgende Antwort:

„Zum Schreiben vom 23. d. M. Die von Ihnen empfohlenen Wege zur Hebung des Absatzes der hiesigen Eisenhütten auf Kupfaren sind von uns schon vor längerer Zeit besprochen worden, haben auch zur Ueberweisung größerer Aufträge an verschiedene Werke seitens der Staatsbahnenverwaltung geführt. Da die Gießerei der Rothehütte jedoch hauptsächlich Mengengießerei ist, stellt sie nur eine beschränkte Zahl von Warengattungen dar und kommt für viele Artikel nicht in Betracht. Der von Ihnen gezogene Vergleich zwischen dem Geld für eine Tonne Rothehütter und Verbacher Kupfaren kann nicht als Maßstab genommen werden, weil im Gegensatz zum Jahre 1909, für welches die von Ihnen erwähnten Zahlen Platz greifen, im Jahre 1910 sich das Verhältnis gerade umgekehrt gestellt hat. (206,81 M. Verkaufspreis die Tonne Rothehütter Guß und 188,43 M. die Tonne Verbacher Kupfaren.)

Wenn in Ihrem Schreiben ferner der Befürchtung Ausdruck gegeben worden ist, daß durch den Verkauf der Rothehütte die wirtschaftliche Existenz der Belegschaft gefährdet werden würde, so vermögen wir diese Befürchtung nicht zu teilen. Nach der Erklärung des Ministers für Handel und Gewerbe in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 20. März 1911 soll Sorge dafür getragen werden, daß bei einem Uebergang des Werkes in Privatbesitz die Beschäftigung der Arbeiter sicher gestellt wird. Bei den Verkaufsverhandlungen wird dieser Gesichtspunkt gebührende Berücksichtigung finden.

(gez.) Steinbrink.

Aus diesem Antwortschreiben des Königlich-Preussischen Bergbauamts geht hervor, daß unsere gerechten Wünsche und Bestrebungen auch unter dem neuen Bergbauamt volles Verständnis finden werden. Durch das Schreiben war zunächst der Befürchtung, daß das Werk verkauft werden könnte und dabei das Interesse der Belegschaft insoweit auf Knappheitsangelegenheiten u. nicht genügend gewahrt würde, hinwiegend. Andererseits war aber noch keine Klarheit darüber geschaffen, was werden sollte, wenn sich kein Käufer finden würde. Um auch hierüber Aufklärung zu erhalten, beriefen wir eine öffentliche Versammlung auf den 3. Dezember 1911 nach Rothehütte ein, zu welcher der Herr Landrat von H. selbst eingeladen und auch das Oberbergamt gebeten wurde, einen Vertreter zu entsenden. Der Herr Landrat sagte auch zu, da aber das Oberbergamt es ablehnte, einen Vertreter zu entsenden, so zog der Landrat seine ursprünglich gemachte Zusage wieder zurück. Wer die Verhältnisse in der Verwaltung näher kennt, wird das verstehen können. In der Einladung an das Oberbergamt hatten wir besonders darauf hingewiesen, daß die Hüttenleute über den weiteren Gang der Dinge benachrichtigt seien; die Arbeiterchaft würde es daher mit Freude begrüßen, wenn das Oberbergamt einen Vertreter entsenden wolle, der evtl. mit Rat und Auskunft dienen könne, um eine Beruhigung der Bevölkerung herbeizuführen. Außerdem hatte unsere Bezirksleitung an Herrn Oberbergamt Ehring, Clausthal, geschrieben, um in einer anderen Frage Auskunft zu erbitten. Es war nämlich der Plan vorhanden, das Werk auf genossenschaftlicher Grundlage unter Beteiligung der Arbeiterchaft weiterszuführen. Auf dieses Schreiben wurde von dem zuständigen Departement folgendes geantwortet:

„Clausthal, den 30. November 1911. Auf das an Herrn Oberbergamt Ehring gerichtete und an mich als zuständigen Departement abgegebene Schreiben vom 25. d. M. teile ich ergebe mit, daß der Minister für Handel und Gewerbe in der Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 24. März 1911 sich bezüglich der Uebertragung des Eisenhüttenwerkes Rothehütte an eine Genossenschaft von Arbeitern und Anwohnern dahin geäußert hat, daß diese Idee zunächst bestehend sei, aber das große Bedenken habe, daß, um die Hütte zu modernisieren, 300 000 bis 400 000 M. Kapital hineingesteckt werden müßten. Daher könnte die Ueberlassung der Hütte sehr leicht ein Danaergeschenk für die neue Genossenschaft werden.

Bei dieser abnehmenden Stellung des Herrn Ressortministers zu dem Plan der Gründung einer Genossenschaft behufs Uebernahme der Rothehütte halte ich es für inopportun, daß sich ein Vertreter des hiesigen Oberbergamts an einer solchen Gelegenheit berührenden Diskussion beteiligt und beantwortete Ihre Anfrage daher dahingehend, daß auf ein Erscheinen eines Mitgliedes des Oberbergamts in der Versammlung nicht zu rechnen sein wird.“

Bezüglich der Einladung zur Versammlung ging uns dann noch vom Königl. Oberbergamt folgendes Schreiben zu:

„Clausthal, den 1. Dezember 1911. Auf die Eingabe vom 29. d. M. Unter Hinweis auf das Schreiben unseres Departement vom 30. v. M. teilen wir Ihnen mit, daß wir zu unserem Bedauern nicht in der Lage sind, einen Vertreter zu der Versammlung in Rothehütte am 3. d. M. zu entsenden. Wir möchten jedoch nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam zu machen, daß keinerlei Grund zu einer Benachteiligung der Belegschaft der hiesigen Eisenhütte Rothehütte vorliegt, weil eine Einstellung des Betriebes überhaupt nicht in Aussicht genommen ist und falls es in der Folgezeit zu einer Veräußerung des Werks an einen Privatbesitzer kommen sollte, diesem vertraglich die Verpflichtung auferlegt werden wird, für die Weiterbeschäftigung der jetzt auf der Hütte angestellten Arbeiter Sorge zu tragen, wie solche auch in anderen Fällen bei Verkäufen von hiesigen Werken bisher geschehen ist.

In diesem Sinne ist auch der Arbeitsausfluß der Rothehütte verhindert worden. Wir stellen anheim, in der Versammlung von obigen Mitteilung zu machen. (gez.) Steinbrink.“

Von diesen Mitteilungen des Bergbauamts bezw. des Oberbergamts gab unsere Bezirksleitung der Versammlung Kenntnis. Das Resultat der dort beabsichtigten Versammlung wurde in folgender Eingabe dem Königlich-Preussischen Oberbergamt zu Clausthal ist:

„Hanover, den 6. Dezember 1911. An das Königlich-Preussische Oberbergamt zu Clausthal ist.

Von dem Schreiben des Königlich-Preussischen Oberbergamts vom 1. d. M. habe ich der Versammlung der Belegschaft der Rothehütte am Sonntag, den 3. d. M. Kenntnis gegeben. Namens der Belegschaftsmittglieder bin ich beauftragt worden, Königlichem Oberbergamt den Dank der Arbeiterchaft dafür auszusprechen, daß eine Einstellung des Hüttenwerkes nicht beabsichtigt ist, auch wenn es nicht zu einer Veräußerung kommen sollte.

Weiter bin ich beauftragt, Königlichem Oberbergamt den Wunsch der Belegschaft zu unterbreiten, der dahin geht, daß die Hütte staatl. veräußert weitergeführt werden möge und die Staatsregierung zu veranlassen, daß durch eine moderne Ausgestaltung der Betriebe diese erfolgreich mit der Konkurrenz in Wettbewerb treten könne, was dadurch auch die Lohnverhältnisse der Belegschaft zeitgemäßer zu beeinflussen.

Sodann wurde auch die Ansicht zum Ausdruck gebracht, daß angeblich amtierend Managel an Arbeit zu befürchten

ist, wodurch die Löhne durch Feierschichten und dergleichen erheblich geschmälert würden. Daher bitten die Belegschaftsmittglieder, daß auch seitens der Betriebsverwaltung mehr Gewicht auf Verbeschaffung von Arbeit gelegt werden möge, daß ganz besonders auch Beauftragte des Werkes dem Beispiele der Privatbetriebe folgen und durch Besuch der Bundeschaft Bestellungen zu erhalten sich bemühen müßten.

Es wurde auch seitens des Herrn Gemeindevorstehers Soland von Rothehütte darauf hingewiesen, daß man damit gerechnet habe, falls das Werk gemeinschaftlich durch die Interessenten hätte fortgeführt werden können, eine Verminderung des Beamtenspers um etwa die Hälfte vorzunehmen, wodurch der Etat an Gehältern sich um 12 000 bis 14 000 M. verringert haben würde. Außerdem wurde die Ansicht geäußert, daß auch dem Werkleiter nicht genügend Freiheit in der Auswahl geeigneter Mitarbeiter und Beamte gelassen sei, was alles zur ungünstigen Lage des Werks mit spreche.

Endlich wurde der Wunsch geäußert, daß, wenn doch ein ernsthafter Käufer sich finden sollte, den Arbeitervertretern der Belegschaft die Möglichkeit zu geben, vor endgültigem Abschluß der Verhandlungen ihr Gutachten hinsichtlich der Wahrung der Interessen der Arbeiter zum Ausdruck bringen zu können, damit nach jeder Hinsicht die erworbenen Knappheitsfallrechte u. sichergestellt werden.

Persönlich möchte ich noch hinzufügen, daß ich mir wohl bewußt bin, daß obige Darstellung verschiedentlich beurteilt werden wird, aber ich bitte, daß Königlich-Preussisches Oberbergamt die Ueberzeugung gewinnen möge, daß mich zu meinem Vorgehen nur die Tatsache veranlaßt hat, die Interessen der Hüttenleute wahrzunehmen. . . (gez.) Wilh. Buchner.“

Als Erfolg unseres Vorgehens können wir die Tatsache buchen, daß die Hütte nicht still gelegt wird, auch wenn sich kein Käufer findet. Im letzteren Falle betreibt der Staat sie eben weiter wie bisher.

Wenn wir uns die verschiedenen Schreiben des Oberbergamts genauer ansehen, so finden wir, wie zunächst unserer Bezirksleitung auf eine Eingabe geantwortet wurde, daß die Interessen der Hüttenleute beim Verkauf des Werks nach jeder Richtung hin gewahrt werden sollten, dann endlich wurde die bestimmte Zusage gegeben, daß das Werk auch dann fortgeführt werden sollte, wenn sich kein Käufer fände, obwohl mit einer Einstellung des Betriebes gerechnet war. Auf dem vorigen Hüttenfeste hatte der derzeitige Werkleiter von dem letzten Hüttenfeste gesprochen, Beamte des Werks hatten Kollegen gegenüber geäußert, der Verband könne machen was er wolle, eingestellt würde die Hütte doch!

Die erste Aufgabe unseres Verbandes mußte es sein, in der Richtung zu arbeiten, den Fortbestand des Hüttenwerkes zu sichern. Diese Aufgabe ist uns voll und ganz gelungen. Die weitere Aufgabe bestand und besteht darin, mitzuhelfen in dem Bestreben, den Hüttenleuten auch Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, praktische Vorschläge haben wir ja ebenfalls der Bergbehörde unterbreitet. Daß unsere Vorschläge, wenn darnach gearbeitet wird, Erfolg versprechen, wird ja vom Oberbergamt anerkannt; denn es schreibt, daß die Behörde in derselben Weise sich bemüht habe. Einfachsten möchten wir hier noch, daß wir diese Vorschläge schon vor Jahren, im April 1909, dem Oberbergamt unterbreiteten, als es sich um die Verbacher Hütte handelte, auch damals hatten wir Erfolg mit unserem Vorgehen.

Unsere weitere Aufgabe wäre nun, auch allmählich eine Gefundung der Lohnverhältnisse anzustreben, da die jetzigen Löhne nicht den heutigen Zeitverhältnissen entsprechen. Auch in anderen Fragen wäre es an der Zeit, im Interesse der Kollegen tätig zu sein. So hat die Hüttenverwaltung Kartons für die Arbeiterchaft bezogen, der Betrag wurde den Hüttenleuten in einer Lohnperiode abgehalten, wodurch große Unzufriedenheit entstanden ist. Mit Kofis und anderen Brennstoffen hat man es ähnlich gemacht, worüber Erregung in der Belegschaft Platz gegriffen hat. Arbeit wäre also in Hülle und Fülle da, jedoch man hätte erwarten dürfen, daß die Hüttenleute angesichts der großen Erfolge treu zu ihrem christlichen Metallarbeiterverband geblieben hätten, der in so energischer und erfolgreicher Weise für sie eingetreten ist. Leider muß gesagt werden, daß jetzt das Gegenteil der Fall ist. Eine ganze Anzahl Kollegen sind wieder ausgetreten und andere sind lau geworden. — Kollegen, Hüttenleute von Rothehütte, habt ihr so wenig Standesbewußtsein, habt ihr so wenig Verständnis für die Befürdungen der denkenden Arbeiter, durch einig und festes Zusammenhalten auch dem Arbeiterstande sein Recht zu erkämpfen? Dann laßt eure Organisation säubern! — Wollt ihr aber als denkende Männer, als ganze Persönlichkeiten, selbst eure Lage beeinflussen, euch selbst eine solche wirtschaftliche Lage schaffen, wie es notwendig ist, dann haltet fest an dem einmal eingeschlagenen Wege. Hört dem christlichen Metallarbeiterverband, der für euch eingetreten ist, nunmehr ebenfalls die Treue; arbeitet an dem Ausbau dieses Verbandes und euer Name wird unter der christlich-nationalen Arbeiterbewegung einen ebenso guten Klang haben, wie euer Eisen in der Industrie! Treue und Treue, das sei die Parole! W. B.

Die „Aufgeklärten“ — und wie sie „liegen“.

Unter dieser Stichworte wird uns von einem Hamburger Kollegen geschrieben: Laut Versammlungsbekanntmachung vom 29. Dezember der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter, welche bei der Firma Siemens-Schuckert die Waggon der Hamburger Hochbahn montieren, sollten am 9. Januar durch die roten Werkstattdelégation die Mitgliedsbücher kontrolliert werden. Nach der Reichstagswahl sollte dann mit Lohn- und sonstigen Forderungen an die Werkleitung herangezogen werden. Unter den jüngsten Forderungen war auch die, die Firma zu veranlassen, nur noch „frei“ bezw. sozialdemokratisch organisierte Arbeiter zu beschäftigen und sogenannte „Nichtorganisierte“ wieder zu entlassen.

Am 5. Januar wurde nun ein „frei“ organisierter Arbeiter wegen Ständalierens mit einem Unorganisierten gefänglich. Daraus wurde eine Kommission bei der Betriebsleitung vorstellig mit der Forderung, auch den Nichtorganisierten zu entlassen, widrigenfalls die Arbeit von sämtlichen Arbeitern eingestellt werde. Der Ingenieur erwiderte, die Angelegenheit einer genauen Prüfung unterziehen zu wollen; am 8. könne er Bescheid geben. Da nun aber bis Mittag die Entscheidung noch nicht zurückgegeben war, beschloßen die Genossen wiederholt vorstellig zu werden — auch wurde die Arbeits-

niederlegung durch Abstimmung beschlossen. Da jedoch der Ingenieur noch nicht zur Stelle war, wurde die Arbeit nach der Mittagspause vorerst wieder aufgenommen. Mehrere Handwerker mußten nun beim Fortbringen eines Waggons durch den Schnee auf die Schiebebühne beschickt sein. Bei dieser Gelegenheit warf nun einer von den sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedern einem Nichtorganisierten mit einem Schneeklumpen die Brille aus dem Gesicht. Der Vorgang wurde von dem Obermonteur bemerkt und der sozialdemokratische Schlosser für diese Rohheit sofort entlassen. Die Genossen beschloßen nun, sofort nochmals vorstellig zu werden. Das half natürlich nichts, und so wurde denn mit 47 von 50 Stimmen beschloßen, die Arbeit niederzulegen. Die Einwendung eines christlichen Kollegen, die Sache nicht zu übereilen und erst die Verbandsleitung von den Vorparlamenten zu verständigen wurde nicht beachtet; „das nehmen wir auf unsere Kappe“ wurde ihm entgegnet.

Schließlich aber ließen sich die Genossen doch bestimmen, zu einer Versammlung zusammen zu treten und einen ihrer Verbandsbeamten telephonisch herbei zu rufen. Dessen Gesicht wurde nun während der Berichterstattung durch seine Tapieren immer länger und länger. Seine Auskunft war die von dem „Christlichen“ vorhergesagte, nämlich, daß statutenwidrig vorgegangen sei und er deshalb für den Putz keine Streikunterstützung in Aussicht stellen könne. Wohl wolle er mit der Kommission morgen bei der Werkleitung vorstellig werden und darauf hinzuwirken suchen, daß die Arbeit Mittwoch früh wieder aufgenommen werden könne. Von der Durchsicht dieser oder jener Forderung war es ganz still geworden. Der christliche Arbeiter stellte deshalb den Antrag, die Sache nicht auf die Spitze zu treiben und statt erst übermorgen schon morgen (Dienstag) früh die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Antrag wurde von den Genossen abgelehnt, trotzdem von der Kommission erklärt wurde, daß man auf eigene Kosten feiere.

Der christliche Arbeiter war nun aber der Ansicht, daß die Solidarität da aufhöre, wo die Unvernunft anfängt, und begann deshalb am Dienstag morgens 7 Uhr wieder mit der Arbeit. Aber schon um 9 Uhr überfüllten 12—15 „Streikerde“ die Arbeitsstelle und riefen dem christlichen Arbeiter zu: „Da kann man wieder die Christlichen an ihrer wahren Natur erkennen; Streikbrecher Spielens!“

Aber die „Unrentwegten“ „liegen“ doch. — Und wie! Die Werkleitung ließ sich auf nichts ein. Donnerstag vormittag mußte alles Werkzeug abgegeben werden; nachmittags 4 Uhr wurde abgelöhnt. Wer die neue Arbeitsordnung unterschreiben wolle, könne wieder kommen. . . . Und wirklich, bis zum 20. Januar kamen von den 46 „Unrentwegten“ schon 18 wieder an und erklärten unterschrieben, keinem Verband oder einer ähnlichen Vereinigung anzugehören. — Und daß sind die Leute, die an einen christlich organisierten Arbeiter die Frage richten: „Was, schon 24 Jahre bist du in Hamburg und noch nicht aufgeklärter und freierlicher gesonnen?“ — Wir danken für solchen Aufklärer und haltens lieber mit der vernünftigen Ueberlegung.

Von Interesse wird auch sein, daß die Genossen endlich am 20. Januar — als schon 18 von den 46 „Unrentwegten“ umgefaltet und unterschrieben erklärt hatten, daß sie der Organisation der „aufgeklärt und freierlicher Gesinneten“ den Rücken gekehrt — über den Betrieb die — Sperrre verhängten. Ob sich dadurch die 28 abhalten lassen werden, den Spuren der 18 Voraufgegangenen zu folgen? Unsere Kollegen allerorts aber mögen aus diesem Vorfalle wieder einmal erfahren, daß sie ihre Interessen mit Frühen treten müssen, wenn sie sich aus falschem Solidaritätsgefühl dazu verleiten lassen, bei allen Dummheiten und Putzen mit den „aufgeklärten Genossen“ gleichen Tritt halten zu wollen.

Eine Petition für die Grubenhandwerker an der Saar

wurde seitens unseres Verbandes erneut an den Herrn Handelsminister und an das preussische Abgeordnetenhause gerichtet. Die berechtigten Wünsche der Grubenhandwerker, Maschinisten und Heizer der Ag. Bergwerke an der Saar bezüglich einer angemessenen Lohnherhöhung, einer einheitlichen Arbeitszeit und einer angemessenen Vertretung in den Arbeiterausschüssen werden darin in sachlicher Weise dargestellt und begründet.

Aus der Gegenüberstellung der Löhne des Ruhr-, Wurm- und Saargebietes geht hervor, daß diese im letzteren Revier noch bedeutend hinter denen der anderen zurückbleiben. Neben einer zeitgemäßen, durch die heutigen Kosten der Lebenshaltung begründeten Erhöhung wünschen die Arbeiter außerdem Gleichstellung der Löhne in den verschiedenen Inspektionen. Für die Handwerker und Maschinisten wird eine Regelung der Schichtlöhne gewünscht in der Weise, daß der Lohn stufenweise alle zwei Jahre steigen solle von dem Satz von 2,50 Mk. für 16 bis 18jährige bis zu 5,50 Mk. für 30jährige Handwerker resp. 5,30 Mk. für Maschinisten.

Un zweiter Stelle wünschen die Petenten eine einheitliche Festsetzung der Arbeitszeit auf allen Inspektionen, und zwar für Maschinisten und Handwerker die neunstündige und für Heizer und Maschinisten die abwechselnd Tag- und Nachtschicht verfahren müssen, die achtstündige Schicht. Abschaffung der zwölfstündigen Schicht, insbesondere an Sonntagen für Kesselheizer und Maschinisten, bezuglich alle 3 Wochen einen freien Sonntag.

Zur Begründung dieser Forderung wird angeführt: In fast allen staatl. Betrieben ist bereits die 9stündige Arbeitsdauer eingeführt und hat sich durchaus bewährt. Nachgewiesen ist ferner, daß bei einer eingeschränkten Arbeitszeit die Leistungen der Arbeiter dieselben sind, als wie bei längerer Schichtdauer. Heute kommt es noch oft vor, daß einzelne Handwerker und Maschinisten im Monat keinen freien Sonntag haben, wodurch diese Leute vom Familienleben ausgeschaltet und an der Ausübung ihrer religiösen Pflichten gehindert werden.

Endlich wünschen die in Frage kommenden Arbeiter Erweiterung des Arbeiterausschusses in der Weise, daß jede Grube, die eine Werkstätten- und Maschinenabteilung besitzt, durch ein Mitglied im Ausschuß vertreten sein soll. Begründet wird dieser Punkt damit, daß es für einen von

mehreren räumlich weit voneinander entfernten Werkstätten und Maschinenabteilungen gewählten Ausschubmann unmöglich ist, die notwendige Fühlung mit seinen Kollegen aufrecht zu erhalten.

Es ist zu erwarten, daß den vorstehend dargelegten billigen Wünschen der Grubenhandwerker, Maschinenisten u. Heizer an der Saar von den maßgebenden Instanzen entsprochen wird. Die unserern christlichen Metallarbeiterverband noch fernstehenden Kollegen aber mögen aus diesem Vorgehen des Verbandes wieder erneut ersehen, wohin sie gehören. Nur durch die Organisation, nur durch die Vereinigung mit denen, die das gleiche Ziel erstreben, ist es dem Einzelnen möglich, seinen berechtigten Interessen Geltung und Anerkennung zu verschaffen. „Einigkeit macht Kraft!“

Aus der Arbeiterbewegung.

„Schutz der Arbeitswilligen“.

Die Bestrebungen der Scharfmacher nach einer gesetzlichen Einigung des Koalitionsrechts, die sich in letzter Zeit unter dem Schlagwort Schutz der Arbeitswilligen besonders nachdrücklich bemerkbar machen, haben sich in einzelnen Bundesstaaten schon zu parlamentarischen Vorstößen verdichtet. Der sächsische Landtag hat sich am 11. Dezember 1911 mit mehreren Anträgen und Interpellationen zum „Schutze der Freiheit der gewerblichen Arbeit“ beschäftigt. Das Ergebnis der zum Teil erregten Debatte war eine Erklärung des Ministers Graf Bixthum von Goltz, daß die sächsische Staatsregierung bereit sei, „beim Bundesrat für eine entsprechende Abänderung und Ergänzung der einschlägigen Reichsgesetze einzutreten“. Womit allerdings noch nicht gesagt ist, daß vor einer halbjährigen Revision unseres bisserigen Koalitions- und Streikrechts stehen, wie es in manchen Blättern als sicher hingestellt wurde.

Die Bürgerchaft (Volksvertretung) der freien Reichsstadt Hamburg hat sich inzwischen dem Vorgehen des sächsischen Landtages angeschlossen und am 17. Januar mit starker Mehrheit einen Antrag angenommen, der den Senat ersucht, „im Bundesrat die in Aussicht gestellten Anträge der königlich sächsischen Staatsregierung tunlichst zu unterstützen, die einen besseren Schutz der Arbeitswilligen durch Ergänzung und Vervollständigung der einschlägigen reichsgesetzlichen Bestimmungen bezwecken, insbesondere auch ein Verbot des Streikpostensnehmens hinzuwirken“. Ein anderer Antrag, im Bundesrat für die bessere Ausgestaltung der gewerblichen Einigungsämter und des Tarifvertragswesens einzutreten, wurde abgelehnt. Das Hamburger Parlament hat durch diese beiden Beschlüsse ein ziemlich großes Maß sozialer Rückständigkeit an den Tag gelegt.

Zu gleicher Zeit war — anscheinend zu Wahlzwecken — die Nachricht verbreitet worden, daß dem neuen Reichstag bald nach seinem Arbeitsbeginn ein Gesetzentwurf zum Schutze der Arbeitswilligen zugehen werde, was von der Regierung in der „Nordb. Allg. Ztg.“ sofort als unrichtig zurückgewiesen wurde. Dabei ist auf Erklärungen des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Innern Dr. Delbrück vom 18. Dezember 1910 Bezug genommen, wonach ein Ausnahme-gesetz in der fraglichen Richtung nicht beabsichtigt sei. Das ist soweit ganz recht. Aber es fragt sich nur, was man unter Ausnahme-gesetzen versteht, die Meinungen darüber gehen vielfach weit auseinander. Auf alle Fälle liegt schon der gesetzgeberische Versuch vor, bei der beabsichtigten Revision des Strafgesetzbuches der Ausübung des Koalitionsrechts weitere Beschränkungen aufzuerlegen, ein Beginnen, dem die schwersten Bedenken entgegenstehen.

Alle diese Bestrebungen müssen nach wie vor von der christlich-nationalen Arbeiterbewegung abgelehnt werden. Gewiß leiden die christlichen Arbeiter unter dem sozialdemokratischen Terrorismus, aber um diese Auswüchse zu ahnden, dazu reichen die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen aus, wenn sie nur angewandt würden. Aber wie sieht es damit. Kürzlich mußte die „Vangewerkschaft“ scharfe Kritik daran üben, daß sich kein Staatsanwalt bereit finden ließ, die brutallsten sozialdemokratischen Terrorismustakte in Rittenberg unter Anklage zu stellen. Was sollen weitergehende gesetzliche Bestimmungen, wenn die bestehenden keine Anwendung finden. Und die neuerlichen Bestrebungen laufen doch allzu deutlich darauf hinaus, aus dem Koalitionsrecht eine taube Pflanze zu machen. Dem muß energischer Widerstand entgegengesetzt werden.

Aus den evangelischen Arbeitervereinen.

Die Arbeitersekretäre der evangelisch-nationalen Arbeiterbewegung Mitteldeutschlands hielten am 1. und 2. Februar ihre Quartalkonferenz in Chemnitz und Leipzig unter Leitung des bekannten Führers der evangelischen Arbeitervereine, Pastor Richter, Königsstraße i. Ergg., ab, bei der die Vespredung der Reichstagswahlen und der Tätigkeit der Arbeitervereine gelegentlich derselben einen weiten Spielraum einnahmen. Die evangelischen Arbeitervereine haben überall eifrig in die Wahlarbeit eingegriffen. Durchgängig ist in den Orten, in denen sie vertreten sind, ein Anwachsen der nationalen Stimmen gegenüber den sozialdemokratischen zu beobachten gewesen; viele Vereine haben während des Wahlkampfes einen starken Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Am Schluß der Vespredung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Sekretärskonferenz stellt fest, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten durchaus nicht alle, ja nicht einmal in der Mehrzahl dem Arbeiterstande direkt oder indirekt angehören, obwohl die Sozialdemokratie ihrerseits sich als die einzige Arbeiterpartei hinstellt. Andererseits hält es die Konferenz für direkt notwendig, daß der Arbeiterstand durch Angehörige im Reichstag vertreten wird. Der Arbeiter ist in allen Arbeiterfragen, die einen breiten Spielraum der inneren Politik einnehmen Sachverständiger, er ist zugleich auch der gegebene Vertreter der breiten Masse des Volkes. Die Sekretärskonferenz erkennt dankbar an, daß einzelne nationale politische Parteien ernstlich bemüht gewesen sind, Vertreter des Arbeiterstandes als ihre Kandidaten zum Teil mit Erfolg in den Reichstag zu bringen. Sie hält es aber für notwendig, daß in Zukunft mehr als bisher der Versuch gemacht wird, der nationalen Arbeiterbewegung Vertretung im Reichs- und Landesparlament zu schaffen.“

Auf der großen Zeitenuhr steht ein einziges Wort: „Zeit“. Auf der Straße nachundnach erreicht man das Haus „Niemals“.

Rundschau.

Im Ruhrrevier ist bekanntlich seit der Reichstagswahl das sozialdemokratische Renommee arg zertrümmert. Sued, der Oberhaupt und Generalissimus aller roten Bergböhler slog in Bochum und sein Genosse Denagbach in Duisburg. Da ist es selbstverständlich, wenn die Sozialdemokratie Rache brüht. Das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes kündigte, wenn auch in verdeckter Form, schon ein Haberbildtreiben gegen die christlichen Gewerkschaften an. Die roten „Maffen“ müssen eben um jeden Preis abgelenkt werden, damit sie nicht dahinter kommen, warum die Arbeiter-schaft im Ruhrrevier den sozialdemokratischen „Volkserretoren“ den verdienten Fuhrtritt gab. In dieser Bedrängnis greift die Sozialdemokratie die Lohnbewegung der Ruhrbergleute auf, um in bekannter Art den Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter herunterzusehen. Die Genossenpresse verbreitete eine Mär, nach der die Vertreter der christlichen Bergarbeiter sich gemeinert hätten, an der gemeinsamen Lohnbewegung mitzuwirken. Das ist natürlich unwahr.

Folgende Erklärung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter besagt das mit aller Deutlichkeit: „Es entspricht nicht den Tatsachen, daß die Vertreter des Gewerkschafts vor Schluß der gemeinsamen Konferenz das Lokal verließen. Wir haben im Gegenteil erst dann das Lokal verlassen, als der Abgeordnete Sachse formell die Sitzung geschlossen hatte. Die Forderungen an die Werksbesitzer wurden in einer anderen Sitzung aufgestellt, zu der der Gewerkschaft nicht eingeladen war. Die Vertreter des Gewerkschafts erklärten sich auch nicht grundsätzlich gegen eine Lohnbewegung. Da aber die Werksbesitzer durch die Presse bereits eine Erhöhung der Löhne in Aussicht gestellt haben und auf einer Anzahl von Zeichen den Arbeitern bereits durch die Beamten Lohnerhöhungen zugefagt sind, konnten wir im Augenblick uns an der Stellung von Lohnforderungen nicht beteiligen. Es muß hier Klarheit herrschen, wie weit die Werksbesitzer den Arbeitern praktisch entgegenkommen. Zweifellos können die Arbeiter mit Recht eine Lohnerhöhung beanspruchen und sind die Werksbesitzer in der Lage, sie ihnen zu gewähren. Wir wünschen dringend, daß die Werksbesitzer den Arbeitern genügend weit entgegenkommen und darüber möglichst schnell Klarheit schaffen. Sollte das nicht geschehen, so wird der Gewerkschaft energisch entsprechende Maßnahmen treffen.“

Eine gesetzliche Arbeiterversicherung hat jetzt auch das Schweizer Volk. In der Volksabstimmung vom 4. Februar wurde die Kranken- und Unfallversicherung mit einer Mehrheit von fast 50 000 Stimmen angenommen. Der deutsch-sprechende Teil stimmte mit Ja, während der französisch-sich restlos unter den Reinsagern befindet. Hierdurch ist eine 22jährige gesetzgeberische Entwicklung zum vorläufigen Abschluß gebracht. Der erste Versicherungsentwurf war im Jahre 1890 mit etwa Zweidrittel-Mehrheit vom Volk verworfen worden. Der „Gewerkschafter“, das Organ der christlichen Gewerkschaften der Schweiz, sagt zu diesem Ergebnis u. a.:

„Als ein prächtiger Sieg des sozialen Gedankens darf das Abstimmungsergebnis über die Kranken- und Unfallversicherung vom letzten Sonntag bezeichnet werden. Bange geworden ist es in der letzten Zeit vor der Abstimmung gewiß manchem Freunde der Gesetzesvorlage, wenn er die gewaltige Agitation der Versicherungsmagnaten und ihrer Helfershelfer ins Auge faßte. Mit vollen Händen wurde von jener Seite das Geld ausgeworfen, um dem Volke das Gruseln vor der Vorlage beizubringen, und dadurch die bisherigen fetten Dividenden der Versicherungsgesellschaften zu retten. Aber die Gerechtigkeit hat gesiegt. Das Schweizervolk hat in seiner Mehrheit dem sozialen Postulate zugestimmt.“

Wir beglückwünschen unsere Kollegen in der Schweiz zu diesem sozialen Erfolge. Haben wir doch im Deutschen Reich die segensreiche Wirksamkeit der sozialen Versicherungsactes während ihrer fast dreißigjährigen Wirksamkeit schätzen gelernt. Kein Arbeiter im großen Deutschland würde auf sie verzichten wollen.

Ein Gesetzentwurf zum Arbeitszwang ist dem preussischen Landtag zugegangen. Durch den Entwurf soll die Ausübung der Armenpflege bei Arbeitslosen und sämtlichen Minderjährigen neu geregelt werden. Für die Folge soll jede hilfbedürftige Person von dem zu ihrer Unterstutzung verpflichteten Armenverbande Obdach, unentgeltlichen Lebensunterhalt, Pflege in Krankheitsfällen und ein angemessenes Begräbnis beim Ableben erhalten. Die Unterstutzungsbedürftigen können auch in einem Armen- oder Krankenhaus untergebracht werden. Alle diejenigen, welche aus öffentlichen Mitteln dauernd Armenunterstutzung empfangen, können, auch gegen ihren Willen, auf Antrag des Armenverbandes und durch Beschluß des Stadt- oder Kreisaußschusses für die Dauer der Unterstutzungsbedürftigkeit in einer öffentlichen Anstalt untergebracht werden. Der Untergebrachte ist verpflichtet, für Rechnung des Armenverbandes die ihm von diesem angewiesene Arbeit nach dem Maße seiner Kräfte zu verrichten. Die Armenverbände sind berechtigt, die einer Arbeitsanstalt überwiesenen Personen in Anstalten außerhalb ihres Bezirkes unterzubringen oder ihnen Arbeiten auch ohne Aufnahme in eine geschlossene Arbeitsanstalt anzuweisen. Die Entlassung aus der Arbeitsanstalt ist von dem Armenverband zu verfügen, sobald die geschlichen Voraussetzungen der Unterbringung weggefallen sind. Der Armenverband kann den Untergebrachten auf dessen Antrag für eine angemessene Zeit beurlauben. Wird während der Beurlaubung eine Wiedereinlieferung nicht verfügt, so gilt der Beurlaubte als endgültig entlassen. Aus dem Arbeitsverdienst des Untergebrachten sind zunächst die Kosten der Unterbringung zu decken. Aus dem Ueberschuß ist die Unterstutzung zu bestreiten, die den Angehörigen des Untergebrachten für die Zeit der Unterbringung gewährt wird. Der dann noch verbleibende Rest ist diesem bei der Entlassung auszuhändigen. Die Polizeiverwaltungen sind verpflichtet, die zur Durchführung der Vollstreckung etwa erforderliche Hilfe zu gewähren. Auf Antrag des Armenverbandes, der einen hilfbedürftigen unterstutzen muß, können durch einen mit Gründen versehenen Beschluß der Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Beteiligten die nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches Unterhaltungs-pflichtigen angehalten werden, dem hilfbedürftigen nach Maßgabe ihrer gesetzlichen Verpflichtung die erforderliche laufende Unterstutzung zu gewähren.

Der deutsche Außenhandel ist im vergangenen Jahre gegen 1910 um 3 688 Millionen Mark = 25% auf 17 674 Millionen Mark gestiegen. Die Einfuhr weist eine Steigerung von 1878 Millionen auf und betrug 9 545 Millionen Mark. Die Ausfuhr ging um 1 710 Millionen, auf 8 102 Millionen Mark in die Höhe. Ueberschreift die Einfuhr zwar

die Ausfuhr noch um 1 443 Millionen Mark, so ist in der Metallindustrie für sich betrachtet das Umgekehrte zu verzeichnen, wie die folgende Aufstellung zeigt:

	Einfuhr	Ausfuhr
Eisen und Eisenwaren	97 Mill. M.	1014 Mill. M.
Maschinen	71 „ „	546 „ „
Elektrotechnische Erzeugnisse	11 „ „	216 „ „
Fahrzeuge	33 „ „	160 „ „
Kupfer- und Kupferwaren	258 „ „	184 „ „

Mit Ausnahme von Kupfer und Kupferwaren ist die Ausfuhr an Metallindustriegerzeugnissen um ein vielfaches höher, wie die Einfuhr. Bedenkt man aber, daß Deutschland ein kupferarmes Land ist, und in der elektrischen Industrie große Mengen dieses Metalls verbraucht werden, so ist die Ausfuhr von Kupfer und Kupferwaren doch noch verhältnismäßig hoch.

Aus der Metallindustrie. Eine Anzahl von Syndikaten, Konventionen u. nahmen in den letzten Wochen Preis-erhöhungen vor. Der Roheisenverband beschloß, die Roheisenpreise wie folgt zu erhöhen: Puddelisen um 3 M., Stahlisen um 4 M., Spiegeleisen um 5 M., Sämattit um 3 M., Gießereisen Nr. 1 um 1,50 M. bis 3 M. und Gießereisen Nr. 3 um 1 bis 2,50 M. die Tonne. Die beiden letzten Erhöhungen verstehen sich je nach Lage des Absatzgebietes. — Die Rheinisch-Westfälische Schweißereivereinigung nahm eine Preis-erhöhung von 5 M. die Tonne vor. Der Grundpreis für gewöhnliches Handeisen stellt sich jetzt auf 143 M. die Tonne. — Der Verein deutscher Tempergießereien erhöhte die Preise für Temperguß und Temperstahlguß um 3 M., für Grauguß um 2 M. pro 100 Kilo. — Die Grobblechkonvention erhöhte ihre Verkaufspreise um 5 M. die Tonne. — Die Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik Pettker erzielte nach 206 000 Mark Abschreibungen und 215 000 M. Rücklagen einen Reingewinn von 581 000 Mark. Die Dividende beträgt 20%. — Die Schiffswerft und Maschinenfabrik Vulkan in Bremen verteilte nach 545 000 M. Abschreibungen und 75 000 M. Rückstellungen 10% (7½%) Dividende. Diese Gesellschaft will ihr Aktienkapital um zweieinhalb Millionen auf 10 Millionen M. erhöhen. — Die Refinerie in Bremen hat im Jahr 1911 nach 914 000 M. (581 000 M.) Abschreibungen einen Reingewinn von rund 600 000 M. zu verzeichnen. Im Vorjahre hatte die Gesellschaft 145 000 M. Verlust. Der Gewinn wird folgendermaßen herangezogen: Reserve 145 000 M., Unerfüllungsfonds 40 000 M., Dividende 4% und Vortrag 127 000 M. — Das Stahlwerk Rheinufer in Mannheim erzielte nach 65 000 Mark Abschreibungen 179 000 M. Reingewinn. Die Dividende von 6% erfordert hierbon 72 000 M.

Die Solidarität soll nach sozialistischer Lehre das Hauptmittel sein, um den sozialdemokratischen Traum von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel durchzuführen. Haperte es bisher schon an allen Ecken und Enden mit der roten Solidarität, so hinderte das die Genossen doch nicht, das stolze Wort zu prägen: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ Den vielen Beweisen, daß die Solidarität der roten Internationale nur eine Phrase ist, können wir nachstehend einen weiteren anfügen. Dem Organ des christlichen Keramarbeiterverbandes wird aus der Schweiz geschrieben:

„In Oten bestand vor einem Jahr noch die beste Sektion sozialdemokratisch organisierter Glasarbeiter der Schweiz. Der Arbeitgeber verwarf die Organisation zu zertrümmern, indem er im Mai dieses Jahres den organisierten Arbeitern kündigte und ihnen zu verstehen gab, sie sollten sich um andere Arbeit umsehen. Es wäre nicht sicher, ob der Betrieb jemals wieder in Gang käme. Die Arbeiter ahnten, daß es auf die Vernichtung der Organisation abgesehen war und verhängten die Sperre über den Betrieb. Als der Betrieb wieder eröffnet wurde, konnte der Unternehmer keine Glasmacher bekommen wegen der Sperre. Er war somit gezwungen, 8—10 der alten Glasmacher wieder zu nehmen. Zu gleicher Zeit fing aber auch ein gewisser Sortiermeister namens Otto Mauthi an, welcher von Oten kam und dort als Schmelzgehilfe tätig war. Er saate, er wisse wohl, daß Oten gesperrt sei, aber wegen dessen kommen doch genug Glasmacher hierhin. Dieser Mauthi hat nun schon viele Glasmacher, darunter die meisten von Oten nach Oten gelockt. Jetzt sind aber seit drei Wochen alle Plätze dort besetzt und jede Woche kommen wieder frische Glasmacher. Von den alten Glasmachern muß nun einer nach dem andern seine Werkstelle verlassen und im Tagelohn schaffen, oder er kann gehen. Keiner von ihnen kann schon und gut genug arbeiten. Alles wird auf dem Bureau hinterbracht von dem roten Bruder.“

Daß die Genossen sich untereinander durch Streikbruch in den Rücken fallen, ist eine notorische Tatsache, daß sie aber auch schon „internationale“ Gattrollen zwecks Verrat ihrer Gesinnungsgenossen geben, ist immerhin besonders bemerkenswert.

Einiges von der sozialdemokratischen Freiheit. In hohen Tönen preist sich die Sozialdemokratie als der Wort wahrer Freiheit und die Beschüherin aller Unterdrückten an. Daß dies eine elende Phrase ist, ist allen Kennern der Verhältnisse längst bekannt. Doch es schadet nichts, wenn von Zeit zu Zeit an Hand praktischer Beweise gezeigt wird, wie unwahrhaftig die Genossen sind. Sinecismen wie eine solche Portion von Unverschämtheit in der Begeisterung Andersdenkender entwickeln, daß man ihnen zur Kurierung am besten das eigene Spiegelbild vorhält. Dies wird sich allerdings nicht abhalten, ihr unsauberes Handwerk auszugeben, „sie mögen eben so sie mögen können“, manchem Mitläufer dürften aber doch die Augen offen gehen, nachdem er einen Blick auf das Spiegelbild geworfen.

Gleichberechtigt sollen Partei und Gewerkschaft sein, dabei schrieb die Leipziger Parteileitung der Sozialdemokraten dem dortigen „freien“ Gewerkschaftsstatell:

„In unserer letzten Sitzung haben wir beschlossen, folgende Redner als unzuverlässige Kantonnisten zu streichen. Es sind dies die Genossen ...“

Die Redner waren Mitglieder der freien Gewerkschaften. (Politische Zeitung 28. Januar 1912.) Diese absolutistische und diktatorische Handlungsweise ist zwar nicht freiheitlich — aber sozialdemokratisch. Ein anderes Freiheitsbild. In Elbing schloß am 18. Januar der Sozialdemokrat Schulz seine Rede mit den Worten:

„Die Parteileitung wird am 25. Januar genaue Kontrolle üben. Wer gegen die Parole handelt, steigt hinaus.“ (Essener Volkszeitung 24. Januar 1912.)

Zu Kottenheim besist Herr Genosse Christian Raes eine Basaltlava-Grube. Als der Herr am 13. Januar auf seine Basaltgrube kam, hab er ein Butzgeschrei an und erklärte,

„wenn ich wüßte, daß einer meiner Arbeiter Zentrum gewählt hätte, der würde sofort seine Entlassung erhalten.“ Ein Steinbauer aus Pottenheim verteidigte sich gegen solche Bevormundung und Beeinflussung, weshalb ihm dann auch von dem zukunftsstaatlichen Unternehmer der Wehrschütz ausgemacht wurde. (Keram- und Steinarbeiterzeitung 5./12.) Wo bleibt angefechteter dieser himmelschreiende Vergeßlichkeit das geheime Wahlrecht, das „höchste Ehrenrecht“ des deutschen Mannes? Dumme Frage: Dieser Terrorismus ist zwar nichts freibilliges — aber echt sozialdemokratisch.

Wie es um die Freiheit der sozialdemokratischen Redakteure bestellt ist zeigt ein Vorkriegsbericht des Schriftleiters der „Chemiker Volksstimme“, des Genossen Heilmann in Nr. 280/1911 seines Blattes. Weil dieser Ruf nach Freiheit so typisch ist, sei er ganz hierher gesetzt:

„Unserem hat die Pflicht, seine Nervenkraft frisch und empfindsam zu erhalten. Das ist freilich durch die allzu vielen Verkaufsstelleninstanzen ungeheuer erschwert, die schlimmer als die Arbeit die Nervenkraft in Anspruch nehmen. Als ich nach Chemnitz kam, gab es zwölf Instanzen: sieben Preisgeneralsammlungen, eine Handelsgesellschaft, eine Preiskommission, die gemeinsamen Sitzungen von Handelsgesellschaft und Preiskommission, den Parteivorstand und den Parteitag. Im vorigen Jahre kamen das Agitationskomitee und die Bezirkskonferenz für den Chemnitzer Agitationsbezirk hinzu, und es machte viel Spaß, die Stellung zur Budgetbewilligung vierzehn bis achtundzwanzigmal darzulegen und zu verteidigen, da ja meist vor und nach dem Parteitag eine Sitzung stattfindet. Wenn man in diesem Jahre, um einem wirklich bringenden Bedürfnis abzuhelfen, zwei neue Aufsichtsinstanzen geschaffen hat — Landesvorstand und Landesversammlung — so wird damit wirklich das Maß erreicht, das kein Vieh mehr aushält.“

Wieviel Instanzen da erst im Zukunftsstaat zur Ueberwachung nötig sein werden, mögen die Götter wissen. Jedenfalls mehr als in unserem angebliebenen „kapitalistischen Beamtenstaat.“ Wir zweifeln nur daran, daß in der Zukunfts-gesellschaft die „Anderen“ lange die Ueberwachungskosten zahlen werden. Dies ist der Grund warum er nicht standhält, nicht die Freiheit, die ist den Genossen schnuppe.

Welch wunderbare Auffassung die Genossen im Schwabenlande von der Freiheit haben, kam uns einmal wieder zum Bewußtsein, als wir im „Vorwärts“ folgende Lebensmildeigkeiten vom Württembergischen Parteifreizeiter lasen. Es heißt dort:

„Der K-Korrespondent der Mannheimer Volksstimme hat einen ebenso provozierenden wie übertriebenen Artikel über die württembergischen Wahlen geschrieben, worin er die Göttinger Genossen und die Redaktion ihres Blattes für die bedauerliche Tatsache verantwortlich machen will, daß sie das Mandat nicht erobert haben. Was Genosse K. — der Buchstabe bezeichnet diesmal das Kamradel das anklingt — begonnen hat, wird im Nachtrage, das überhaupt zur Verbitterung der württembergischen Parteiverhältnisse einen guten Teil beigetragen hat, in einer Schimpfkanonade gegen das Göttinger Parteiblatt fortgesetzt. Den Zweck der Uebung erkennt man, wenn man weiß, daß die Göttinger Redaktion in sehr scharfer Opposition zu der opportunistischen Haltung der Fraktion und des Landesvorstandes steht und daß die Genossen Westmeyer und Wallmer an der Agitation während des Göttinger Wahlkampfes hervorragend beteiligt waren. Es scheint daher die Absicht bei einigen Fanatikern zu bestehen, die radikalen Genossen, um es einmal deutlich herauszusagen, niederzuschlagen.“

Was niedergelegt wird der Genosse von seinen eigenen Genossen. Das paßt zwar zur Freiheit wie die Faust aufs Auge; — echt sozialdemokratisch ist es aber doch.

Damit das Maß der Bevormundung voll wird, sollen jetzt alle Genossen eine einheitliche Uniform, ähnlich wie die „gelben Hütenknechte“ in Sarabien erhalten. Dieser Faustschlag gegen die Freiheit kommt ausgerechnet aus dem freien Schweizlande. Der sozialdemokratische Basler „Vorwärts“ schreibt am 14. Januar:

„Genossen, arbeitet an der Vereinheitlichung des Anzuges! Wäre es nicht imponant, wenn sich der Genosse aus eigener Geschmackskraft eine Kleiderordnung gäbe, die seiner Lebensführung entspräche, und ein Symbol seiner Eigenart wäre? So gut die Gesellschaft imstande ist, die Mode, deren allgemeiner Umriß heute Gemeingut ist, zur Eleganz zu nancieren, so gut könnte die Masse sie zu etwas Höherem steigern, zu einem Stile der Zeit, des Volkes.“

Alle diese Dinge zusammengenommen, zeigen von dem reaktionären und terroristischen Charakter der Sozialdemokratie. Trotzdem spielen sie sich weiter auf als Förderer der Freiheit. Vorläufig können wir sie nicht daran hindern. Unsere Kollegen mögen daher bei jeder passenden Gelegenheit den Halb- und Dreibeinigen zeigen, wie der rote Dase läuft. Das wird schon helfen!

Streiks und Lohnbewegungen.

Düsseldorf. Seit dem 24. Dezember stehen die Walzwerkarbeiter der Düsseldorf-Höhringindustrie, Abteilung „Kastloje Hohezieher“ in einem Abwehrkampf. Es sind ihnen Abzüge bis 25 Prozent angeboten worden. Die Verhandlungen vor der Arbeitsverberlegung scheiterten, da die Leitung des Werkes keinerlei Zugeständnisse machen wollte. In der langen Kampfszeit sind verschiedentlich Verhandlungen gepflogen worden, jedoch hat sich die Werksleitung zu keinerlei Zugeständnisse entschlossen. Die Haltung der Streikenden ist eine maßergültige. Streikbrecher sind nicht zu verzeichnen. Ueber das ganze Werk ist die Sperre verhängt, die von allen Walzwerkarbeitern unbedingt beachtet werden muß.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuweisen, andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort.

Weppen. Die Weppenener Eisenhütte ist für Metallarbeiter aller Branchen — wegen Nichtanerkennung des Koalitionsrechtes — gesperrt.

Zwistungen. Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgebrochen. Bezug von Metallarbeitern aller Branchen und Züglern ist streng fernzuhalten.

Siegen. Die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion und Bergbauerei in Geisweid ist für Metallarbeiter gesperrt.

Krefeld. Sämtliche Gießereiarbeiter der Firma Särörs stehen im Streik. Zugig ist streng fernzuhalten.

Trier. Wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrags sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner- und Installationsbranche gesperrt. Zutretende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hohenstraße 12 zu melden.

Schwelm. Bei der Firma Schwelm-Raitner Maschinenbau-Aktiengesellschaft sind Differenzen ausgebrochen. Bezug von Eisendreher, Hoblern, Fräsern u. ist streng fernzuhalten.

Reheim. Bei der Firma Göppikus-Röttger sind Differenzen ausgebrochen.

Düsseldorf. Ueber den Betrieb der Firma „Düsseldorfer Röhrenindustrie“ ist die Sperre verhängt. Bezug von Walzwerkarbeitern ist streng fernzuhalten.

Zugig ist streng fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 18. Februar 1912 der achte Wochenbeitrag für die Zeit vom 18. bis 24. Februar 1912 fällig.

Die Verwaltungsstelle Weissen erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 20 Pf. pro Woche ab 1. April 1912. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Düsseldorf. Das Mitliebsbuch Nr. 154188, ausgestellt auf den Namen Heinrich Meinhardt, Dreher, ist gestohlen worden und wird hiermit für ungültig erklärt.

Aus dem Verbandsgebiet.

Offenbach a. M. Am 28. Januar fand bei gutem Besuch die Generalversammlung unserer Ortsverwaltung statt. Um es vorweg zu sagen: dieselbe verlief in allen Teilen zur Zufriedenheit aller Anwesenden. Der Vorsitzende konnte in seinem Jahresbericht darauf hinweisen, daß wiederum auf allen Gebieten der Organisationsfähigkeit ein reges Leben zu verzeichnen war. Immerhin hob er auch einige Momente hervor, wo es entschieden noch besser werden muß, das gelte namentlich bei dem Besuch der regelmäßigen Mitglieder- und Ortsgruppenversammlungen, der manchmal zu wünschen übrig ließ. Die Zahl der Mitglieder ist gegenüber dem Vorjahr wohl etwas geringer, was aber durch Abtrennung von 28 Kollegen zu einer selbständigen Verwaltung hervorgerufen wurde. In Wirklichkeit ist immerhin noch ein Zuwachs von 15 Mitgliedern zu verzeichnen. Neben der eigentlichen Verwaltungstätigkeit die sich in der Abhaltung von 65 Versammlungen und Sitzungen wieder spiegelt, ist besonders hervorzuheben, die gute Beteiligung der Mitglieder an drei größeren Besichtigungen die im letzten Jahre von der Verwaltungsstelle angeregt und ausgeführt wurden. Beim Kapitel Lohnbewegungen weist der Bericht darauf hin, daß immer noch in einzelnen Berufen der Metallindustrie der sozialdemokratische Metallarbeiter-Verband seine Machtstellung dazu benütze, um den christlichen Verband auszusuchen oder zu unterdrücken. Leider sei es aber auch Tatsache, daß es noch Arbeitgeber gebe, die den sozialdemokratischen Verband dabei unterstützen. Bei der politischen Konstellation, wie sie hier zurzeit vorherrsche, sei dies wohl begreiflich, könne uns aber nicht hindern, auch in der Zukunft bei allen notwendigen Fällen unentwegt auf der Anerkennung unserer Organisation zu bestehen und jedes gesetzlich erlaubte Mittel zur Erreichung dieses Zieles anzuwenden. Einzelheiten aus den verschiedenen Bewegungen des Berichtsjahres, wie solche im Bericht angeführt waren, können wir hier übergehen. Mit dem Hinweis auf die Aufgaben der Zukunft und die dabei unumgängliche Mitarbeit aller Kollegen, konnte der Vorsitzende seinen allerseits beifällig aufgenommenen Bericht schließen.

Aus dem vom Kassierer erstatteten Kassensbericht sei erwähnt, daß auch in diesem Zweige ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen ist. Der Einnahme für die Hauptkasse mit 6260 Mark 55 Pf. steht eine Ausgabe für diese von 3121,68 M. gegenüber und konnten mithin 3138,87 M. an die Hauptkasse abgeführt werden. Unter den Ausgaben trat namentlich der Posten für die verschiedensten Unterstützungen mit 2244,84 M. hervor, der sich noch steigert durch die aus der Lokalkasse gewährten Unterstützungen. Die Lokalkasse selbst hatte im letzten Jahre eine reine Einnahme von 2296,09 M. zu verzeichnen und eine Ausgabe von 1540,75 M., sodaß hier ein Ueberschuß von 745,34 M. zu verzeichnen ist. Der Vermögensbestand der Lokalkasse betrug am Jahresschluß 1911 2751,74 M. und ist hier eine Zunahme von 860,29 M. zu verzeichnen. Die Revisoren berichteten dann über die stattgefundene Revision, bei der alles in musterger Ordnung gefunden wurde, und nunmehr wurde daher von der Versammlung einstimmig dem Kassierer Entlassung erteilt.

Nach einer kurzen Diskussion über die Berichte, wobei dem Vorstand Anerkennung für seine Arbeit gezollt wurde, konnte zur Vorstandswahl geschritten werden. Der seitherige Vorstand wurde einstimmig bis auf zwei Kollegen, an deren Stelle neue Kräfte traten, wiedergewählt. Ebenso glatt wurden die übrigen Wahlen der einzelnen Bezirke für die in Betracht kommenden Organisationen, getätigt. Einige Anträge, die bereits für die in diesem Jahre stattfindende Verbandsgeneralversammlung eingelaufen waren, wurden nach kurzer Ansprache, zurückgestellt. Dieselben sollen später mit den eventuell noch zu erwartenden Anträgen in einer speziell hierzu einberufenen Versammlung zur Beratung und Beschlußfassung gestellt werden.

Zum Schluß der Versammlung nahm der anwesende Bezirksleiter das Wort zu einem Resümee, worin er feststellte, daß die Ortsverwaltung in Offenbach auch im letzten Jahre sich bemüht habe, auf allen Gebieten, worin sich eine Arbeiterorganisation betätigen solle, Erfolge zu erlangen. Was eventuell noch nachzuholen sei, wie auch für die neuen Aufgaben, die uns in nächster Zeit noch beschäftigen werden, sollte jeder Kollege seine ganze Kraft einbringen, dies zu vervollkommen und zu erreichen. Nächsten nun alle Wünsche der hiesigen Verwaltung in Erfüllung gehen, möchten aber auch alle, die noch abseits stehen, recht bald ihren Anschluß an den Verband vollziehen.

Mainz. Am Sonntag, den 28. Januar, hielt unsere Zahlstelle ihre diesjährige Generalversammlung ab, die ziemlich gut besucht war. Nach einer kurzen Ansprache erstattete unser Vorsitzender, Kollege Reibsch, den Jahresbericht. Im Berichtsjahre hielten wir 7 Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen, sowie 11 Monatsversammlungen ab. In diesen wurden meist belehrende Vorträge gehalten. Alle diese Versammlungen waren für die gewerkschaftliche Schulung der Kollegen von großer Bedeutung. Dem Kassensbericht ist folgendes zu entnehmen: die Einnahmen beliefen sich für die Hauptkasse auf 1532 M., die Gesamtausgaben auf 702,77 M. An die Hauptkasse wurden abgesetzt 829,23 M. An Reiseunterstützung wurde ausgezahlt 154,50 M. An Erwerbslosenunterstützung 334,51 M. Die Gesamteinnahme der Lokalkasse betrug 497,14 M. Die Gesamtausgabe 479,88 M.; der Bestand der Lokalkasse am 1. Januar 476,27 M. Nachdem der Kassensbericht erstattet war, beantragte Kollege Scheibel unsern bewährten Kassierer Kollegen Schlett die Entlassung zu erteilen, welches auch geschah. Die hierauf vorgenommene Neuwahl ergab in der Hauptfrage die Wiederwahl des alten Vorstandes mit Ausnahme unseres 1. Vorsitzenden, Kollegen Reibsch, welcher es ablehnte; an seine Stelle wurde Kollege Karl Hornung gewählt.

Der anwesende 2. Kartellvorsitzende, Kollege Vertling, sowie unser Kassierer Kollege Schlett richteten begeisterte Worte an die Versammlung und betonten die Notwendigkeit der Propaganda des christlichen Gewerkschaftsgedankens in hiesiger Stadt. Nach einem kurzen Dankeswort an die Kollegen, welche im verfloffenen Jahre dem Verband ihre Kraft gewidmet und die auch in Zukunft bereit sind, für die Organisation zu arbeiten, schloß der Vorsitzende die Generalversammlung mit einem Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband.

Und nun Kollegen von Mainz und Umgegend an die Arbeit! Unterstützt euren Vorstand durch treue Mitarbeit im Dienste des Verbandes. Besucht die Versammlungen so, wie es sich für einen Gewerkschaftler ziemt, besonders stelle auch ein jeder seinen Mann in der Agitation. Durch unermüdete Werbearbeit soll dazu beigetragen werden, daß alle noch christlich gesinnten Metallarbeiter von Mainz recht bald als treue Mitkämpfer in unsern Reihen stehen. Dann wird auch hier in der roten Hochburg Mainz unser christlicher Metallarbeiterverband recht bald die Bedeutung erlangt haben, die ihm von rechtswegen hier zukommt. Kollegen! Frisch ans Werk, der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Wesheim (Hals). Unsere hiesige Ortsgruppe blüht zu Lebzeiten auf. Was rhetorische Darlegungen in wiederholten Versammlungen zunächst nicht fertig brachten, schuf die Kraft, die immer das Gegenteil von dem will, was sie erlangt. Ungenügende Lohnverhältnisse, Unordnung in der Akkordberechnung, ungleiche Entlohnungen für gleiche Leistungen, brutale Behandlung, besonders der jungen Arbeiter durch einen „schlagfertigen“ Meister brachten den Kollegen des Wertes vom Ulrich u. Söhne die Notwendigkeit der Organisation bei. Nur wenige sind es noch, die teils aus unbegründeter Furcht, teils aus persönlichen und, wie es scheint, mancherorts nicht ganz sichhaltigen Gründen fernstehen.

Das muß anders werden, wenn später einmal ernstlich daran gegangen werden soll, die unerträglichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bessern. Das möge sich auch die paar sozialdemokratischen Querulose und Spione gesagt sein lassen, die nur in der politischen revolutionären Sozialdemokratie ihr Heil zu suchen vorgeben, aber praktisch mehr die Manipulationen gewisser Arbeiterzerpflückerer und Selbstfüller nachmachen. Unseren Kollegen rufen wir zu: haltet fest und treu am christlichen Metallarbeiterverband; verfolgt mit eisernem Willen und mit Beharrlichkeit euer gemeinsames Ziel zur Hebung und Besserung eurer Lage, dann wird auch dort der Erfolg vernünftiger Gewerkschaftsarbeit sicher sein.

Singen. Die Ortsgruppe Singen a. S. (Baden) hielt am 4. Februar ihre Generalversammlung ab, die gut besucht war und einen sehr anregenden Verlauf nahm. Aus dem Tätigkeitsbericht geht hervor, daß wir an Versammlungen 22 abgehalten haben, die wohl alle besser hätten besucht werden dürfen, sowie mehrere Vorstandssitzungen. An Lohnbewegungen waren wir nur schwach beteiligt, wollen aber nicht damit sagen, daß hier etwa alles so sei, wie es sein sollte. Aber der Umstand, daß noch so viele Kollegen unserer Bewegung fern stehen, hindert uns daran, erfolgreiche Lohnbewegungen zu führen. Erfreulicherweise hat sich in diesem Jahre die Mitgliederzahl verdreifacht, was wir hauptsächlich der von Arbeitersekretär Ring geleiteten Hausagitation, sowie der rührigen Mitarbeit mehrerer Kollegen zu verdanken haben, dementsprechend sind auch die Kassenergebnisse gestiegen. An Unterstühtungen wurden 173,50 M. ausbezahlt. Auch die Einnahme der Lokalkasse hat sich gegen letztes Jahr erheblich gesteigert und weist diese demnach auch einen besseren Bestand auf.

Bei den Wahlen wurde den seitherigen Vorstandsmitgliedern das alte Vertrauen wieder einstimmig geschenkt und die Vertrauensmänner haben sich alle bereit erklärt, ihren Posten wieder opferfreudig auszufüllen, was von sämtlichen Kollegen freudig begrüßt und anerkannt wurde. In der Diskussion sprachen sich mehrere Kollegen dahin aus, daß jeder für unsern Verband neue Mitglieder werben sollte, damit wir auch einmal in die Lage kommen, den Lohnabzügen einer hiesigen Firma energisch entgegenzutreten zu können.

Also, Kollegen, laßt alle unnützen Vereine fahren und haltet hoch den christlichen Metallarbeiterverband, der jederzeit dafür eintritt, die Lage des arbeitenden Volkes zu heben. Trage jeder dazu bei, daß am nächsten Jahresschluß unsere Mitgliederzahl sich wiederum verdreifacht hat.

Waller in Hessen. Am 4. Februar fand im Lokale der Brauerei Selmes hier selbst unsere diesjährige Generalversammlung in Anwesenheit unseres Bezirksleiters Kollegen Scherer-Offenbach statt. Nach Begrüßung der bereits vollständig erschienenen Kollegen (einige waren durch Berufstätigkeit verhindert), sowie des Ortsgruppenvorsitzenden vom benachbarten Eppertshausen, Kollegen Scharf, erstattete der Vorsitzende unserer Ortsgruppe in klarer, übersichtlicher Weise den Jahresbericht für 1911, welcher jedem Kollegen auch schriftlich eingehändigt wurde. Nach Vornahme der Vorstandswahl, in welcher der bisherige Vorsitzende einstimmig wiedergewählt und nach der Wahl eines zweiten Vorsitzenden in der Person des Kollegen Schab, sprach der Bezirksleiter Kollege Scherer seine Zufriedenheit über den erstatteten Jahresbericht aus und wünschte unter der weiteren Führung des bisherigen Vorsitzenden der Ortsgruppe auch im neuen Verbandsjahre eine gesunde Weiterentwicklung. Nach Besprechung wichtiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende mit markantem Schlußworte die schon verlaufene Generalversammlung. Mögen die Kollegen daraus neuen Mut zu reger Weiterarbeit im Dienste des Verbandes geschöpft haben in dem Bewußtsein, daß sie damit letzten Endes nur ihre eigenen Interessen fördern. Tr-

beiten wir darum im neuen Jahre mit dem alten Eifer weiter an der Verwirklichung unserer idealen Aufgaben im christlichen Metallarbeiterverband.

Janfurt a. Main-Hebberheim. Am Sonntag den 28. Januar fand unsere Generalversammlung statt, welche nicht ganz nach Wunsch besucht war. Der Vorsitzende Kollege Weber erstattete den Tätigkeitsbericht, woraus wir entnehmen, daß 10 Mitgliederversammlungen, 6 Vorstandssitzungen und ein Familienfest im vergangenen Jahre abgehalten wurden. Alsdann gab Kollege Weber noch die Anregung zur Inangriffnahme der Hausagitation, worüber dann später unser Lokalbeamter Kollege Hainz noch sprach und die Anwesenden aufforderte, nicht eher das Lokal zu verlassen, bis das Vertrauensmännertum bei uns eingeführt sei. Es haben sich dann auch wirklich 5 junge Kollegen gefunden, die diesen Posten übernehmen und mit echter gewerkschaftlicher Pflichttreue ausfüllen wollen.

Den Kassenbericht erstattete Kollege Schmidt. Es wurden den 479,29 M. an die Zentrale abgeführt. Die Gesamteinnahme für die Zentralkasse war 988,30 M., die Gesamtausgabe 509,01 M. An Unterstufungen wurden ausbezahlt 352 M. Der Bestand der Lokalkasse betrug 149,43 M. Bei der Wahl des Vorstandes wurden sämtliche Kollegen mit Ausnahme der beiden Revisoren wiedergewählt. Alsdann referierte Kollege Hainz in klarer und verständlicher Weise über das Thema: „Herkunft und Zweck der gelben Gewerkschaften“. Zum Schluß der Versammlung sprach noch unser Bezirksleiter Kollege Scherer-Offenbach über das Thema: „Wohin gehören die christlichen Arbeiter“. Auch er verstand es, die Kollegen so zu belehren, daß jedenfalls in Zukunft ein jeder von uns weiß, wie er die Angriffe auf unsern Verband abzuwehren hat.

Nun, Kollegen von Hebberheim, seid auf der Hut, gebt denen, die euch von unserer guten Sache abwendig machen wollen, die richtige Antwort. Unterstützt kräftig die Vertrauensmänner, die sich in den Dienst der guten Sache gestellt haben, und dann wird es niemals rückwärts, sondern stets vorwärts gehen.

Schwab-Gmünd. Der Verlauf unserer diesjährigen Generalversammlung war ein allseits befriedigender und eindrucksvoller; der Besuch ließ jedoch — infolge zahlreicher anderweitiger Veranstaltungen — zu wünschen übrig. Das Protokoll der letzten Generalversammlung gab ein Bild von den dort mitgeteilten Arbeiten im Jahre 1910. Der Geschäfts- und Kassenbericht, erstattet von Kollege Kollorath, bespricht zunächst die allgemein wirtschaftliche Lage der Hauptindustrie. Der Geschäftsgang besonders in der Goldbranche hat sich gegen das Vorjahr merklich gebessert — eine Folge des wirtschaftlichen Aufschwunges in Deutschland. Dagegen hat sich infolge des italienisch-türkischen Krieges die Lage der Silberwarenfabrikation gegen den Schluß des Jahres mehr und mehr verschlechtert, besonders für die Betriebe, die in der Hauptsache für den Markt in den beiden kriegführenden Staaten produzierten.

Sei das Berichtsjahr auf gewerkschaftlichem Gebiete für uns auch ein mehr ruhiges gewesen, so war der Verband doch stets für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Kollegen und für die Wahrung ihrer Interessen auf dem Posten. Zwecks Regelung der Feiertagsfrage zu Fastnacht und Kirchweih wurden die nötigen Schritte unternommen, leider war der Erfolg ein mäßiger. Nur eine Firma der Metallindustrie entsprach unserem Antrag; eine andere glaubte dem Wunsche der Arbeiter nicht besser entsprechen zu können, als daß sie zu den fraglichen Zeiten gleich zwei Tage feiern lassen will. Entgegenkommen bewies auf unsern Antrag hin eine Silberwarenfabrik den Wünschen zwecks gerechterer Regelung des Aussehens. Wegen Anerkennung und Durchführung gerechter und zeitgemäßer Wünsche ließ es eine andere Firma zum Streik kommen. Der Kampf war nur von kurzer Dauer und endete mit einem vollen Erfolg für unsere Kollegen. Dieser Erfolg ist um so bemerkenswerter, als es dem roten Metallarbeiterverband trotz Streik und zweijähriger Sperre nicht gelang, die fragliche Firma zu bestimmen, die Ermachungen des Jahres 1906 anzuerkennen. Das zu erringen blieb unseren Kollegen vorbehalten. Bei einer Firma konnte ein Tarifvertrag abgeschlossen werden, der den betreffenden Arbeitern verschiedene Vergünstigungen brachte.

In das Berichtsjahr fällt auch die vom christlichen Metallarbeiterverband beantragte und vom Gemeinderat beschlossene Einführung der städtischen Arbeitslosenversicherung. Mit dieser Einrichtung steht die Stadt Gmünd in Württemberg einzig da; selbst solche Städte, in welchen die Sozialdemokraten vorherrschen, bleiben zurück, und das sagt genug. Neben dieser für die Arbeiterschaft so erfolgreichen Tätigkeit war der Verband begreiflicherweise auch an den sozialen Wahlen beteiligt. Welche Bedeutung diesen Wahlen zukommt, zeigt der Stand und die Leistungen der hiesigen Ortskrankenkasse, die seit dem Jahre 1909 von der christlich-nationalen Arbeiterschaft verwaltet wird, und zu einer der bestverwalteten in Württemberg zählen dürfte. Erfolgreich war die christliche Arbeiterschaft bei der Bezirkskantonalwahl, die den Genossen nach 17jähriger Herrschaft entzogen wurde, bei der Reichswahl, ebenso bei der Abwehr des Protestrumtores der Genossen gegen die Ortskrankenkasse tätig. Nicht befriedigend konnte die Gewerbegerichtswahl; zweifellos tragen auch saumige Verbandskollegen ihr gerüttelt Maß Schuld daran. Weiter wurden die Bestrebungen des Ortsartells wegen Heranziehung neuer Industriezweige unterstützt. Trotzdem die Genossen sich damals in der „Schwab. Tagwacht“ lustig zu machen suchten, die christlichen Arbeiter dieserhalb verspotteten und verhöhnten, zeigt sich auch da, daß unerlässliche Arbeit früher oder später Früchte bringt. Die christliche Arbeiterschaft darf, das kann auch hier gesagt werden, für sich in Anspruch nehmen, stets praktische Arbeit nicht nur für den eigenen Stand, sondern auch für die Gesamtheit geleistet zu haben.

Die Geschäfte des Verbandes wickelten sich in 7 öffentlichen, 14 Betriebs- und 27 Mitgliederversammlungen sowie 18 Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen ab. Verhandlungen mit Arbeitgeber und Behörden, Besprechungen und sonstige Sitzungen fanden insgesamt 37 statt. Der Geschäftsführer war außerdem an 88 Veranstaltungen im Bezirk tätig. Der schriftliche Verkehr betrug im Auslauf 2223 Stück; Flugblätter wurden drei in einer Auflage von 10 000 Stück vertrieben. Trotz der erspriesslichen und intensiven Arbeit der Verbandsleitung befriedigte der Erfolg sowohl in bezug auf Agitation, Opferwilligkeit und Versammlungsbesuch keineswegs. Trotz der eifrigsten Bemühungen und trotzdem die jeweiligen Mitgliederversammlungen nach dem Geständnis der Besucher einen schönen Verlauf nehmen, bringt es ein großer Teil der Kollegen über sich, fern zu bleiben, höchstens noch zu nörgeln und den übrigen eifrigen Kollegen die Luit zur Mitarbeit zu nehmen. Und wo es am Versammlungsbesuch mangelt, ist es bekanntlich mit der Opferwilligkeit auch nicht weit her. Das muß besser werden.

Die Mitgliederbewegung zeigt ein ähnliches Bild wie das Vorjahr; größere Fortschritte wurden durch die unverhältnismäßig hohe Zahl abgereister Mitglieder beeinträchtigt. Erfolgreich war die Werbetätigkeit bei den jugendlichen Arbeitern. Ein Stamm eifriger junger Kollegen, der zu den besten Hoffnungen berechtigt, ist bereits vorhanden; es bedarf darum nur noch des Weiterbaues, um so dem gesteckten Ziel näher zu kommen. Zum Kassenbericht übergehend wurden folgende Zahlen bekannt gegeben: Die Hauptkasse bilanziert in Einnahmen und Ausgaben mit 24 841,19 M.; die Lokalkasse mit 5598,15 M. An Unterstufungen wurden ausbezahlt für Erwerbslosenfälle bei Krankheit 1866,25 M., bei Arbeitslosigkeit 1657,13 M., für Streik und Maßregelung 1485,89 M., Notfall 20 M., Sterbegeld 90 M., insgesamt mit Reisegeld 5160,28 M. Die Lokalkasse verausgabte an Unterstufungen bei Streiks u. a. 49,50 M. In die Zentrale wurden gesandt 4195 M. Es sind den Mitgliedern demnach nahezu die Hälfte der Einnahmen an Unterstufungen direkt wieder zugeflossen, womit der immer noch zu hörende törichte Einwand, „es komme alles Geld ins preussische“, glänzend abfuturum geführt wird. Die beiden Berichte wurden mit großer Befriedigung aufgenommen und von den Revisoren als richtig und gewissenhaft geführt zur Entlastung empfohlen.

Zu der anschließenden Debatte wurde der Ortsverwaltung Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit gesagt. Der Punkt Neuwahl erledigte sich mit einer Ergänzung — für den Kollegen Eiser wurde das Mitglied Johannes König berufen — durch einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes. Ebenso wurden die alten Kartelldelegierten wieder gewählt; für Kollegen Pfisterer wurde Johs. Mele delegiert. Unter Punkt Eventuelles wurde der Antrag bezgl. Regelung der Fastnacht- und Kirchweihfeiertage erneuert. Nach zweistündiger Dauer konnte die harmonisch und wirkungsvoll verlaufene Versammlung mit begeisterten und aufmunternden Worten des Vorsitzenden geschlossen werden. Möge das neue Jahr die vorhandenen Mängel ergänzen; daran zu arbeiten ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, ob jung oder alt. Handelt es sich doch um unsere ureigensten Interessen, die wir nur durch eine starke geschlossene Organisation wirksam wahren und fördern können.

Adolfzell. Einem volkstümlichen Besuches erfreute sich unsere diesjährige Generalversammlung am 27. Januar. Aus den einzelnen Berichten sei hier folgendes wiedergegeben. Abgehalten wurden: 1 öffentliche und 15 Mitgliederversammlungen, ferner 18 Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen. In Marken wurden verkauft: 19 Aufnahmearten à 50 Pfg., 1701 Beitragsmarken à 65, 127 Delegiertenmarken à 10 und 46 Jugendmarken à 10 Pfg. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse betrug 1057,40 M., die Gesamtausgabe der Hauptkasse 196,10 M., mithin wurden an die Zentrale abgeschickt 857,30 M. Die Einnahme der Lokalkasse einschließlich Kassenbestand vom vorigen Jahre betrug 409,11 M.; an die Bezirkskasse abgeliefert wurden 115,97 M., sonstige Ausgaben der Lokalkasse 76,33 M., der Lokalkassenbestand betrug am 1. 1. 1912 66,18 M. An Reiseunterstützung wurden 12 M., an Krankenunterstützung 26,31 M., für Rechtschutz 4,80 M. ausbezahlt. Der Versammlungsbesuch war jeweils ein guter; in jeder Versammlung wurde ein Vortrag gehalten. Die Bibliothek, die 77 Proschüren enthält, wurde jedoch nur mäßig benutzt. Der leiberrige Vorstand wurde wiedergewählt. Mit einem warmen Appell an die Kollegen, ihre ganze Kraft in den Dienst der Arbeiterbewegung zu stellen, fand die Versammlung einen würdigen Abschluß.

Killingen-Wilhelmshagen. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 11. Januar statt. Dieselbe hätte etwas besser besucht sein können. Der Vorsitzende Kollege Wehberg gab einen Rückblick auf das vergangene Jahr. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß wir auch im letzten Jahre einen Fortschritt zu verzeichnen haben, indem wir 16 Kollegen für den Verband gewonnen haben. Zugereist sind 7 Kollegen, abgereist 16, ausgetreten 3 Kollegen wegen Interesslosigkeit, mithin bleibt am Schluß des Jahres ein Mitgliederbestand von 32 Kollegen. In die Hauptkasse wurden gesandt 755,91 M., an die Bezirkskasse 67,72 M., für Anstellung eines Beamten 56,45 M. Ein weiterer Fortschritt verdient hier hervorgehoben zu werden: es ist uns in diesem Jahre gelungen, einen sozialen Unterrichtskursus zu veranstalten. Der Kursus wurde abgehalten vom Sekretariat sozialer Studentenarbeit. Die Teilnahme war eine ziemlich gute. Nachdem der Vorsitzende dem Kassierer Entlastung erteilt hatte, dankte er den Vertrauensleuten für ihre aufopfernde Tätigkeit. Es wurde zur Vorstandswahl geschritten und größtenteils der alte Vorstand wiedergewählt, mit Ausnahme des Kassierers und zwei Vertrauensleuten.

Kollegen, das alte Jahr hat gezeigt, daß wir mit Ausdauer und Liebe zur Sache auch hier in der roten Hochburg vorwärts kommen können. Es wäre hier ja noch manches zu erreichen, wenn man nicht mit einer großen Gleichgültigkeit der Staatsarbeiter der Organisation gegenüber zu rechnen hätte; glauben doch die meisten Kollegen noch, die Gewerkschaftsbewegung wäre nur für die Privatarbeiter da. Trotzdem aber dürfen wir in der Agitation nicht erlahmen, wir müssen alles daransetzen, die noch indifferenten Kollegen von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen. Wenn wir im vorigen Jahre einen guten Schritt vorwärts gekommen sind, so ist dies auf die Rührigkeit einzelner Kollegen zurückzuführen. Es wäre im Interesse der guten Sache nur zu wünschen, daß in Zukunft sich doch alle Kollegen etwas mehr betätigen wollten. Dazu gehört in erster Linie, daß die Kollegen die Versammlungen besser besuchen und mit Interesse ihr Fachorgan lesen, um sich so die nötigen Kenntnisse anzueignen, damit sie auch in der Lage sind, dem Gegner gegenüberzutreten zu können. Kollegen, ein jeder sei ein Agitator; oder wollen wir das Feld dem Gegner allein überlassen? Nein, nie und nimmer. Vorwärts! soll unsere Losung heißen, nicht mit Worten, sondern in der Tat!

Halle a. S. Nachdem in unserer letzten Mitgliederversammlung vom 7. Januar 1912 die Beitragserhebung auf 70 Pfg. einstimmig beschlossen worden war, hielten wir am 14. Januar unsere Generalversammlung ab. Der Kassierer Kollege Czsch erstattete zunächst den Jahresbericht, der beifällig aufgenommen wurde. Die hierauf vorgenommene Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder Kollegen Senge, Czsch und Wochnik; weiter wurde der Vorstand durch die Wahl eines 2. Vorsitzenden und 2. Kassierers ergänzt. Um auch jüngere Kräfte zur Mitarbeit in Vorstands heranzuziehen, wurden diese Posten den Kollegen Landach und Senkel übertragen. Zu Kartelldelegierten wurden die Kollegen Senge und Senkel, zu Revisoren die Kollegen Börschke und Hoffmann gewählt.

Der anwesende Bezirksleiter, Kollege Reichert-Themnis, ergänzte uns noch den Jahresbericht durch belehrende Worte. Hierauf referierte er über Pflichten und Aufgaben des Gewerkschaftsleiters. Ausgehend von der Erkenntnis, daß die Gewerks-

chaft als Geistesströmung gewertet werden mußte, stellte der Redner die idealen Aufgaben der Mitglieder in den Vordergrund, betonend, daß die Leistung der materiellen Opfer der Kollegen nur einen Teil ihrer Pflichten gegenüber der Organisation bilde. Die Gewerkschaft könne ihre Aufgabe, die Hebung der Lage des Arbeiterstandes nur erfüllen, getragen von dem Idealismus ihrer Mitglieder.

Auf den Vortrag erfolgte eine lebhafteste Aussprache. Nach Erlebigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde die gut besuchte und anregend verlaufene Versammlung geschlossen. In den Kollegen aber ist es nun, die erhaltenen Anregungen in die Tat umzusetzen.

Mühlh. Am Sonntag den 28. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Kollege Trä erstattete den Jahresbericht. Das vergangene Jahr habe uns manches neue Mitglied gebracht. Leider sei zu beklagen, daß der Egoismus einzelner Kollegen hemmend auf das Fortschreiten der Organisation einwirkte und ein Teil der Neuaufgenommenen nach kurzer Mitgliedschaft dem Verbands wieder den Rücken kehrt. Die neuesten Vorkommnisse in der Fabrik sollten den Kollegen doch die Augen darüber öffnen, daß die indifferenten, die gleichgültig beiseite stehenden Kollegen die Schuld an solchen Vorkommnissen tragen. Mit dem Danke für das ihm seither geschenkte Vertrauen legte Kollege Trä dann sein Amt nieder. Kollege Joseph Trä, unser Schriftführer, erstattete Bericht über die im Laufe des Jahres stattgefundenen Versammlungen und Sitzungen. Es wurden deren 19 abgehalten, wobei 8 Referate über die wichtigsten Tagesfragen erstattet wurden. Den Kassenbericht gab unser alter bewährter Kassierer Kollege Jakob Stiel. Dem Berichte entnehmen wir, daß es in finanzieller Beziehung ebenfalls vorwärts gegangen ist. Die Kollegen haben durch geschickte Rechnungsführung verstanden, ihre Lokalkasse zu stärken. Diese hatte eine Einnahme von 460,16 M. In Ausgaben sind 195,27 M. zu verzeichnen, sodaß ein Vorbestand von 260,89 M. vorhanden ist.

Die Hauptkasse hatte mit 811 M. Einnahme und 222,68 M. Ausgaben zu rechnen. In die Zentrale wurden 588,32 M. gesandt. Wenngleich auch dieses Bild ein erfreuliches zu sein scheint, so werden jedoch die Kollegen in Abklärung auf die Dauer ohne Einführung eines zeitgemäßen Lokalbeitrages nicht auf der Höhe bleiben können. Dem Kassierer Stiel wurde für seine treue und gewissenhafte Verwaltung der Dank der Versammlung abgeleitet und die durch die Revisoren empfohlene Entlastung erteilt.

Die Neuwahlen brachten den seitherigen Ausschuß, mit Ergänzung des 2. Vorsitzenden in dem Kollegen Burger M., wieder. Kollege Wagner dankte nun den Kollegen für die Wiederannahme ihrer Wahl und forderte auch im neuen Jahre die alte Liebe zu unserer Sache hochzuhalten. Mit dem Wunsche, gemeinsam und geschlossen für den Ausbau unserer Organisation zu arbeiten, schloß er seine Ausführungen.

Kollegen! Jetzt heißt es, mit verdoppeltem Eifer an die Arbeit! Nicht ruhen und nicht rasten, sondern unermüdetlich in der Werbung neuer Mitglieder tätig zu sein. Durch eine große Schar christlicher Metallarbeiter wird es uns gelingen, auch hier die Verhältnisse zu regeln und zu bessern.

Weidertsh. Die hiesige Zahlstelle hielt am 28. Januar ihre Generalversammlung ab. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschlusse 135, hat sich also im letzten Jahre nicht erhöht. Angeht die Bedeutung der hiesigen Metallindustrie und ihrer nach Tausenden zählenden Arbeiterschaft eine bedauerliche Erscheinung. Ebenso entspricht die Zahl der geklebten Marken durchaus nicht dem in den übrigen Zahlstellen der Ortsverwaltung üblichen Durchschnitt. Neugewählt in den Vorstand wurden die Kollegen Hendricks (bisher Schriftführer) als Vorsitzender und Göy als Schriftführer; während die übrigen Kollegen per Akklamation wiedergewählt wurden. Sodann gab Kollege Ramrath einen Rückblick über die Entwicklung der Zahlstelle während seiner 10jährigen Tätigkeit als Vorsitzender. Hiernach nahm Kollege Pitof aus Duisburg das Wort. In seinen Ausführungen stellte er die Pflichten eines rechten Gewerkschaftsleiters scharf heraus. Disziplin und Treue gehörten zum eisernen Bestande einer starken Organisation. Vorkommnisse, wie in Hamburg, Mannheim, Danzig und Berlin mußten auf das Organisationsleben geradezu verberlich wirken und die Lösung der Arbeiterschaft in der Öffentlichkeit untergraben. Ferner gab er beachtenswerte Winke zur Agitation in und außerhalb des Betriebes. Nachdem der bisherige Vorsitzende der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß unter dem neuen Vorstand die Agitation wieder mit jugendlicher Kraft einsetzen werde, schloß er die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.

An den Kollegen allesamt ist es nun, durch eifrige Arbeit und Hand-in-Hand-arbeiten mit Vorstand und Vertrauensmännern dafür zu sorgen, daß die Sektion Weidertsh bald wieder den Vergleich mit den übrigen Gruppen der Ortsverwaltung in jeder Beziehung aufwiehen kann.

Marktredwitz. Unsere Zahlstelle hielt ihre diesjährige Generalversammlung am 25. Januar bei Ignaz Dreher ab. Kollege Märkel stellte bei Eröffnung der Versammlung fest, daß entschieden mehr Kollegen hätten anwesend sein können. Bei Erstattung des Geschäftsberichts gab der Vorsitzende einen kurzen Ueberblick über die wichtigsten Vorkommnisse des vergangenen Jahres. Mitgliederversammlungen wurden 12 abgehalten; außerdem fanden noch 4 Sitzungen statt und 1 Werkstattversammlung, in welcher Kollege Konrad von Nürnberg anwesend war. 16 neue Mitglieder wurden aufgenommen und außerdem noch eine Anzahl jugendlicher Kollegen für unsern Verband gewonnen. Aus dem Kassenbericht sei erwähnt, daß die Einnahme der Hauptkasse 495,60 M. betrug, die Ausgaben am Orte betragen 129,95 M., an die Zentrale gesandt wurden 365,65 M. Der Bestand der Lokalkasse betrug 3,83 M. (Da wäre es wirklich an der Zeit, nach dem Beispiele anderer aufstrebenden Gruppen einen angemessenen Lokalbeitrag einzuführen. Nur ganz wenige Ortsgruppen sind damit noch heute im Rückstande. Hoffentlich geht die Marktredwitzer Kollegen diesen Säumnigen jetzt mit gutem Beispiele voran! Die Red.)

Bei Punkt Wahl der Vorstandschaft und Revisoren gingen aus der Wahl hervor die Kollegen: Märkel Josef als 1. und Kassner Johann als 2. Vorsitzender; Schäffler Bernhard als Kassierer, Kapner Josef als Schriftführer und Ignaz Raps und Köllner als Revisoren. In weiteren Verläufe der Versammlung wurden dann noch eine ganze Anzahl für uns wichtige Fragen in äußerst interessanter Weise behandelt und Mar gestellt. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, fest und treu wie bisher zu unserm christlichen Metallarbeiterverband zu halten. Mögen die sozialdemokratisch-freien Gewerkschaften noch so schimpfen und lamentieren über die Christlichen, es stört uns nicht; im Gegenteil: mit um so größerem Eifer wollen wir tätig sein für die weitere Ausbreitung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes. Im neuen Jahre muß jeder Kollege ein Agitator für unsere Sache sein!

Düsseldorf-Neuß. Wie uns mitgeteilt wurde, ist der Protest der sozialdemokratischen Gewerkschaften gegen die Gültigkeit der Wahlen der Arbeitervertreter zur Generalversammlung der allgemeinen Ortskrankenkasse Neuß von der Aufsichtsbehörde abgewiesen worden. Die Düsseldorf-Neußer Zeitung meint dazu: „Dabei muß es natürlich diesmal bleiben. . . . Mögen unsere Genossen bei der nächsten Wahl alles baraufsetzen, um die Mehrheit zu erlangen.“

Nach wie wir sagen, dabei muß es natürlich diesmal bleiben, wir setzen aber hinzu, auch in Zukunft muß es so bleiben. Bei dieser Gelegenheit möchten wir aber den Kollegen von Neuß einiges ans Herz legen. Die aufregenden Wahlen sind nun vorbei. Die Gemüter kommen langsam wieder zur Ruhe. Wir haben also einen Augenblick Zeit, um Mitleidenschaft zu halten. Wenn wir dies tun, so müssen wir uns sagen, es klappert nicht so, wie es sein sollte. Gut, wir wissen es, und nun heißt es also arbeiten, damit die Sache nunmehr in die richtige Weise kommt. Seien wir uns endlich harter klar, die alten gemühtlichen Zeiten sind vorbei, die Verhältnisse haben sich geändert, und mit der fortschreitenden Industrialisierung unserer Stadt werden die Verhältnisse für uns nicht besser. Was uns nun durch die Verhältnisse, die wir nicht aufhalten können, unglücklich gemacht wird, das müssen wir durch unsere Arbeit glückselig gestalten. Das ist keine leichte Arbeit, aber sie muß gemacht werden, und wenn wir wollen, wenn der gute Wille vorhanden ist, dann wird die Arbeit erleichtert. Wir arbeiten ja für uns, unsere Interessen stehen auf dem Spiele. Bleiben wir gleichgültig, wankelmütig, suchen wir nicht uns den Verhältnissen anzupassen, herauszuholen was herauszuholen ist, dann wird in Neuß ohne Zweifel der Gegner erstarken und uns noch schwere Stunden bereiten. Das können und das wollen wir verhindern. Mancher unserer Kollegen muß sich sagen, ich habe meine Pflicht nicht getan, so viele Leben gedankenlos in den Tag hinein. So viele haben Zeit für alle unnützen Dinge, nur für ernste Ständesarbeit hat man keine Zeit. Daran krankt hier die ganze Arbeiterbewegung. Man hat ein volles Haus, wenn eine Festlichkeit veranstaltet wird, die ernstlichen Gewerkschaftsversammlungen sind schlecht besucht. Damit ist aber unserer Sache nicht gedient. Hier muß eingeseht werden.

Wollen wir den Feind schlagen, dann müssen wir gute Waffen haben. Und die müssen wir uns erst verschaffen. Im Arbeitersekretariat Kapitelstraße 41 beginnen jetzt wieder die sozialen Unterrichtskurse. Dort hin gehen! sei unsere Parole. Jeder hat es nötig, keiner weiß zu viel. Die R.-D. bringt viele neue Bestimmungen, auch andere wichtige Fragen müssen behandelt werden. Wissen ist Macht! besonders auch für uns christliche Arbeiter. Tüchtige Mitarbeiter und Vertrauensleute tun uns an allen Ecken und Enden not. Also Kollegen, aufgewacht, heraus aus den Illusionen, auf zu feißiger, tatkräftiger Ständesarbeit.

Vor allem unsere Metallarbeiter, die doch das Gros der Neusser Arbeiterschaft ausmachen, sollten jetzt einmal den andern mit leuchtendem Beispiel vorangehen. Ihre Pflicht ist es, fleißige Mithilfe und Unterstützung an die Seite zu werfen und Hand in Hand mit denjenigen Kollegen zu arbeiten, die an der Spitze stehen und das Beste unseres Verbandes wollen. Dann kommen wir vorwärts und werden dauernd unserer Bewegung in Neuß einen festen Stützpunkt verschaffen. Darum, Kollegen, auf zu Tat!

Am 4. D. Am Samstag den 27. Januar hielten wir im „Perzenteller“ unsere diesjährige Generalversammlung ab. Die Kollegen hatten sich zahlreich eingefunden. Dem vom Kollegen Höcherlinger erstatteten Jahresbericht entnehmen wir folgendes: Im Berichtsjahr wurden 177 Kollegen neu gewonnen. Infolge der traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den hiesigen Betrieben zieht es leider alle Jahre ein großer Teil der Kollegen vor, den „Ulmer Staub“ von den Füßen zu schütteln und den schönen Donaustrom zu verlassen. Wendert man sein Arbeitsverhältnis und sucht in einem anderen Betriebe Arbeit, so kommt man vom Regen in die Traufe. In jedem Betriebe die gleichen Verhältnisse, das ganze Jahr geht es aus und ein wie in einem Taubenschlag. Dieses Umstandes wegen haben wir aber keine Ursache, mißgünstig zu werden oder in unserer Arbeit zu erlahmen; denn trotz alledem konnten wir unsere Mitgliederzahl um 64 steigern — ein Beweis, daß nur zähe Opferwilligkeit, zähe Ausdauer und nicht zuletzt auch Einigkeit zum Siege führt. Zur Durchführung der Agitation sowie der gewerkschaftlichen Aufgaben wurden 40 Versammlungen und 15 Sitzungen abgehalten. Auch an schriftlicher Aufklärung hat es im letzten Jahre nicht gefehlt; es wurden über 9000 Flugblätter verteilt. Der briefliche Verkehr der Ortsverwaltung weist 220 Ein- und 303 Ausgänge auf.

Mit besonderer Freude wurde der Jahresbericht der im Februar 1911 gegründeten Jugendabteilung entgegengenommen. Der Samen, den wir ausgestreut, hat reichliche Früchte getragen: über ein halbes Hundert Kollegen gehörten unserer Jugendsektion an. Im ganzen fanden 11 Versammlungen für die Jugendlichen statt, die sich stets eines guten Besuches erfreuten. In denselben wurden Vorträge gehalten über gewerkschaftliche und andere Themen. Die Einnahmen der Abteilung belaufen sich aus 2250 Beiträgen auf 225 M.

Als dem Kassierbericht war zu entnehmen, daß einer Gesamteinnahme von 4043,59 M. eine Gesamtausgabe von 1580,15 M. gegenübersteht, darunter 297,20 M. Kranken- und Arbeitslosenunterstützung. An die Zentrale wurden abgeandt 2140,29 M. Der Bestand der Lokalkasse betrug am 1. Januar 1912 323,45 M., gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 78,22 M. Zur Stärkung der Lokalkasse sowie zur Bestreitung der erforderlichen Ausgaben wird außer dem wöchentlichen Zuschlag von 10 Pf. ein monatlicher in gleicher Höhe erhoben. An Beitragsmarken wurden 7606 Stück verkauft.

Nach Entlastung des Kassierers wurde die alte Vorstandsschaft wiedergewählt. Neugewählt wurde als Schriftführer Kollege Augsburger und Kollege Sämann als Kassier. Bezirksleiter Kollege Gengler hielt hierauf einen Vortrag über: Neuerscheinungen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Zum Schluß richtete der Vorsitzende noch anfeuernde Worte an die Kollegen und forderte alle auf, auch im neuen Jahre nicht zu erlahmen, sondern unermüdet für die Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes zu arbeiten.

Waldheim-Dehrstedt. Die hier am Ort befindliche Firma Walthers & Co., Dampfzettelfabrik, beschäftigt zirka 200 Arbeiter. Im Laufe des verflohenen Sommers legte der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hier mit der Agitation ein, die, wie gewöhnlich, auf den Lobgefangen sozialdemokratischer Helfendaten gestimmt war. Ein Teil dieser Arbeiter ging auf diesen Reim und schloß sich dem sozialdemokratischen Verband an. Diejenigen, welche sich durch die roten Phrasen nicht heraufschrecken ließen und den „freien“ Bruder durchschaute, traten in den christlichen Metallarbeiterverband.

Die alten und noch mehr die neugewonnenen Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes wollten nun auch bald etwas von all den roten Versprechungen eingelöst haben. Ohne sich mit uns zu verständigen, wurden Betriebsversammlungen anberaumt und eine Kommission gewählt, die die Forderung einer 20prozentigen Lohnaufbesserung für alle Arbeiter der Firma zu unterbreiten hatte. Wie zu erwarten war, erfuhren sie eine glatte Abweisung. Hätte man das Schwergewicht darauf gelegt, für die schlecht entlohnerten Hilfsarbeiter und einige anderen eine Lohnaufbesserung zu erzielen, so wäre mehr Aussicht auf Erfolg gewesen. Dieses System des allmählichen Aufstiegs wäre dann auch eher der Allgemeinheit zu gute gekommen.

Wie es aber in den eigenen Reihen der Genossen hier selbst bestellt ist, davon zeugt folgender Vorfall. Ein neu in den Betrieb eintretender älterer und verheirateter Mann sollte einige Pfennige mehr Lohn pro Stunde erhalten, als ein schon etwas länger in dem Betrieb beschäftigter Arbeiter im Alter von ungefähr 19 Jahren. Darob große Entrüstung auf Seiten des letzteren. Er wußte noch zwei tonangebende Genossen zu veranlassen, mit ihm dieserhalb bei der Direktion vorstellig zu werden. Erfolgt: Sofortige Entlassung des sozialdemokratischen Reichhart-Eros. Alle vier an diesem Fall Beteiligten waren Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Jetzt wurde eine Betriebsversammlung abgehalten, um diese „Maßregelungen“ rückgängig zu machen. Doch es entstanden wieder große Meinungsverschiedenheiten in den eigenen Reihen. Die Hauptagitatoren lehrten es nämlich zunächst ab, für ihre entlassenen Genossengenossen ins Feuer zu gehen. Sie scheuten es. Bei diesem „Harten und Festen“ Zugreifen seitens der „Deutschen“ war es dann auch weiter nicht verwunderlich, wenn die drei roten Reichharts auf der Strecke blieben. Ein in der Versammlung anwesender christlich organisierter Kollege wurde kurzer Hand von einem Genossen als „Arbeiterverräter“ und „Denunziant“ bezeichnet. Wohl nur, um die Verhältnisse im eigenen Lager nicht allzu grell erscheinen zu lassen. Doch unser Kollege wußte den betreffenden Genossen zu packen und hat dieser heute eingesehen, daß man christliche Kollegen nicht nach Belieben als Belcidigungsobjekte ansehen darf. Jetzt hat aber auch der rote Metallarbeiterverband die Bekehrung. Viele von denen, die ihm damals in „hoffnungsreichen Sarrren“ beigetreten sind, sehen sich bitter enttäuscht und haben infolgedessen die Zahlung der Beiträge eingestellt.

Dazu wird auch noch beigetragen haben die Tatsache, daß die wachsenden von den Genossen entgegen ihrer Achtstundentagstheorie handeln. Der Genosse R. z. B. macht in einer Woche 2x36 und 1x24 hintereinander. Hinzu kommt, daß trotz Einigung mit seinen Arbeitskollegen dieser R. dann doch noch einige Pfennige Lohn mehr angab. Auch der Obergenosse des Betriebes, L., steht in diesem Punkte seinem Nebenbuhler R. in nichts nach.

So arbeiten die im „Deutschen“ Metallarbeiterverband organisierten Genossen und erklären damit den eben aufeinander den Organisationsgedanken. Zur Kurzweil schimpft man dann über Arbeiterzerfplitterung des christlichen Metallarbeiterverbandes. Den Kollegen bei der Firma Walthers & Co. haben aber diese Vorurteile mit Deutlichkeit die trassen Gegenüber und den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis im roten Lager gezeigt. Deshalb kann die Parole nur noch lauten: Fort mit dem sozialdemokratischen Großmannsdünkel! Hinein in den christlichen Metallarbeiterverband! Denn nicht rote Phrasen, sondern praktische gewerkschaftliche Arbeit sichern uns positive Erfolge.

Singen a. S. Unsere Stadt, am Fuße des malerisch schönen und sagenumwobenen Bergfelsens Hohentwiel gelegen, entwickelt sich immer mehr aus kleinen Verhältnissen heraus zu einer Industriestadt. Eine Reihe größerer Industriewerke haben sich, begünstigt durch die gute Verkehrsgelegenheit, durch die nahe schweizerische Grenze usw., in den letzten Jahren hier angegliedert. Die größten sind die sogen. Fitting-Werke und die Maggi-Gesellschaft, die beide schon an die tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen beschäftigen. In der Stellung zur Arbeiterfrage und den Arbeiterorganisationen gehen die Leiter dieser großen Werke sehr auseinander. Der Herr Direktor Maggi äußerte sich zur Gewerkschaftsfrage wie folgt:

„Was die in Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft anstrebt, deckt sich mit unseren Zielen. Wir betrachten die Gewerkschaften als Pioniere des Kulturfortschrittes und sind umso mehr geneigt ihre Bestrebungen zu unterstützen, als wir in ihnen das Mittel zur Ordnung der sozialen Frage auf dem Wege der Evolution, im Gegensatz zur Revolution erblicken. Die Leistung des Maggi-Unternehmens steht nicht auf dem veralteten patriarchalischen Standpunkte, absoluter Herr im eigenen Hause sein zu wollen. Wir haben von jeder in unsern Arbeitern und Beamten nicht Maschinen, sondern Mitarbeiter an der gemeinsamen Aufgabe erblickt und das Recht der Persönlichkeit in ihnen geachtet.“

Im Gegensatz zu diesem erfreulichen, fortschrittlichen und sozialen Standpunkt steht die Leistung der Fitting-Werke, die am liebsten die Gelben fördert, zagt und pflügt.

In der letzten Zeit haben verschiedene Maßnahmen der Leitung der Fitting-Werke die Arbeiter veranlaßt, sich ihrer Lage bewußt zu werden. In der Gewinnschneiderei wurde ein Lohnabzug von 10—15 Prozent angekündigt, mit der Begründung, es solle damit eine bessere Ausnutzung der Maschinen erreicht werden. Gleichzeitig wurde aber erklärt, daß, wenn dies nicht genügend erzielt würde, würden noch weitere 5 Prozent abgezogen. In Betriebsversammlungen nahmen die Arbeiter hierzu Stellung. In einer Versammlung nahm unser Mitglied, Arbeiterssekretär Witz, Gelegenheit, die Stellung des christlichen Metallarbeiterverbandes gegenüber diesen Maßnahmen der Direktion darzulegen. Deswegen wurde er von dem Organ der-Direktion der „Streitkette“ bezichtigt. Demgegenüber hat aber Kollege Witz dann in einer öffentlichen Erklärung die Unterminierungsversuche der Hintermänner dieses Blattes auf ihren wahren Wert zurückgeführt. Die Unternehmerrartitel, die sogar unter dem Deckmantel „Mehrere Arbeiter“ erschienen waren, hatten nur den Zweck, Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiter zu tragen und der Direktion ihre Abzüge zu erleichtern. Durch diese Klarstellung an der Deutlichkeit wurde die Direktion wenigstens veranlaßt, mit dem angekündigten Abzug zurückzuhalten. Auch sonst herrschen noch in anderen Abteilungen eine Reihe Mißstände. Es verdient bei dieser Gelegenheit auch die Tatfel der Firma festzustellen zu werden. Jahr für Jahr versucht sie, bald in dieser bald in der anderen Abteilung solche Lohnabzüge vorzunehmen. Vor 2 Jahren waren es die Gießereiarbeiter, im vorigen Jahre die Kernmacher, diesmal sind es die Gewindschneider.

So wird nach und nach die Reihe durchgemacht, um dann evtl. wieder von vorn anzufangen.

Dadurch, daß die Arbeiter mehr dem Klimbin nachgelaufen sind, statt sich zuerst ihrer Berufsorganisation anzuschließen, ist dieses Vorgehen der Direktion nicht besonders schwer geworden. Im vorigen Jahr haben die Kernmacher wohl für einige Tage einen wilden Aufsch gemacht, um dann bedingungslos wieder an die Arbeit zu gehen. Es ist demnach höchste Zeit, daß auch die Arbeiterschaft von Singen und Umgebung den Weg zur Organisation findet. Nur Einigkeit macht stark und nur die geschlossene Organisation bietet eine starke Schutzwehr vor Verschlechterung der Arbeiterlage. Auch die Fitting-Werke sind organisiert. Als 1910 die große Metallarbeiterausperrung angekündigt wurde, hat die Firma ohne weiteres sich solidarisch mit den Metallindustriellen erklärt. Wäre die Ausperrung damals in Kraft getreten, so hätten die Unorganisierten ihre Kurzsichtigkeit sehr zu spüren bekommen. Weiter ließ sich damals noch eine Anzahl Organisierten ins Wockshorn jagen.

In der letzten Zeit ist es nach dieser Richtung innerhalb der Arbeiterschaft etwas besser geworden. Die Maßnahmen der Arbeitgeber lassen dem Arbeiter keinen andern Weg offen, als den zur Organisation. Eine größere Zahl hat ihren Anschluß schon vollzogen. Möchten die anderen alsbald nachfolgen. Die bisher Organisierten mögen aber auch in der Werkkraft nicht erlahmen, sondern mitarbeiten, damit ihre Interessenvertretung, der christliche Metallarbeiterverband, gestärkt wird.

Briefkasten

Nach D.V. Eure Anfrage betreffend Ueberstunden läßt sich ohne Einsichtnahme in die Arbeitsordnung nicht beantworten.

An Mehrere. Eine Anzahl Berichte mußten für die nächste Nr. zurückgestellt werden.

Sterbetafel

Neuen. Am 5. Februar starb unser treuer Kollege Jakob Hil, an den Folgen eines Lungenleidens im Alter von 32 Jahren.

Köln-Kalk. Am 2. Februar verschied unser Kollege Johann Kesselbach, Gelbleber, infolge eines Magenleidens im Alter von 44 Jahren. — Am 5. Februar starb im Alter von 20 Jahren unser Kollege Heinrich Jonas, Dreher, infolge Lungenentzündung.

Oker. Am 7. Februar starb unser Kollege Fr. Klok im Alter von 66 Jahren an Darmleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender

- Kollegen und Kolleginnen!
Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
Samstag, den 17. Februar.
- Altendörbe. Abends 8.30 Uhr bei Leeder, anverw. Generalverf. Bitterheide. Abends 8 Uhr bei Gennemann. Wichtiger Vortrag.
 - Berlin. Allgemeine Mitgliederversammlung jeden 3. Samstag im Monat.
 - Düsseldorf-Berath. Abends 9 Uhr bei Kampenherf, Mittelstr.
 - Düsseldorf-Bilk-Friedrichstadt. Abends 9 Uhr bei Mengwasser (Fam) Ede Bilkerallee und Kronenstraße.
 - Düsseldorf-Neuß. Abends 9 Uhr bei Füh, Niederstraße.
 - Hresburg. Abends 8.30 Uhr bei G. Hase, Marlenstr. 1.
 - Freiburg i. Br. Abends 8.30 Uhr im Gartenbräu, Schiffstr. 7.
 - Saibe. Abends 8.30 Uhr bei Witwe E. Winter.
 - Sagen-Gübe. Abends 8.30 Uhr bei Witwe Keller. Wichtige Tagesordnung.
 - Köln-Deutz. Abends 9 Uhr „Zur Krone“, Frelhelstr.
 - Milbe. Abends 9 Uhr bei G. Hofenbahl, Wäberstr.
 - Reheim. 3. Bezirk. Abends 8.30 Uhr bei Kattich.
 - Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im römischen Könlj.
 - Stuttgarr-Cannstadi. Abends 8.30 Uhr im Lokale „Alter Hof“.
- Sonntag, den 18. Februar.
- Düsseldorf-Gerresheim. Vorm. 11 Uhr im „Roten Hahn“, Grünligstraße.
 - Düsseldorf-Fingern. Vorm. 11 Uhr bei Schmalbach, Ede Birken- und Wäpatherstraße.
 - Düsseldorf-Erkrath. Bezirksversammlung, vorm. 11 Uhr.
 - Gießen-Frohnhäusen. Nachm. 6 Uhr bei Postgäcker.
 - Sagen-Brühnhäusen. Morgens punkt 11 Uhr bei Fr. Simon. Wichtige Tagesordnung.
 - Sagen-Altshagen. Morgens punkt 11 Uhr bei Steinhäus. Wichtige Tagesordnung.
 - Sattigen. Generalverf., nachm. 4 Uhr bei Kuelles. Fragen mitbringen. Nichtstehend gemühtliche Unterhaltung.
 - Heihen-Nehr. Vorm. 11.15 Uhr. L.-D.: Vorstandswahl. Alle erscheinen.
 - Reheim-Bremen. Nachm. 3 Uhr bei Osterjedde.
 - Ubc. Generalverf., nachm. 3.30 Uhr bei Karl Melcher.
 - Stranburg. Generalverf., vorm. 10 Uhr im Münchner Hof. Ref.: Kollege Wagner.
 - Troisdorf. Generalverf., morgens 10.30 Uhr bei Goseberg, früher Oberheid. Ref.: Kollege Bümann.
 - Zutlingen. Generalverf., nachm. punkt 3 Uhr im goldenen Adler.
- Samstag, den 24. Februar.
- Augsburg. Abends in der „Schützenhalle“. Referat über die neue Jungabteilungsvorgang.
 - Gienach. Abends 8.30 Uhr im Weimariischen Hof.
 - Köln-Deutz. Abends 9 Uhr „Zur Krone“, Frelhelstr.
 - München. Generalverf., abends 8 Uhr im Gasthaus „Wopoldstadt“.
 - Neunkirchen. Abends 8 Uhr im „Stern“ bei Schleppl.
 - Norheim-Stadt und Brösingen. Abends 8 Uhr im Prinz-Wag mit Vortrag.
- Sonntag, den 25. Februar.
- Berlin-Oberschönevide. Abends 7 Uhr bei Miesch.
 - Durlach. Nachm. 4 Uhr im Lokal „Zum Bahnhof“.
 - Gummersch. Vorm. 11 Uhr bei Burgardt.
 - Gebelsberg. Nachm. 5.30 Uhr mit Frauen bei Jul. Schiffeu.
 - Köln-Chrenfeld. Vorm. 11 Uhr bei Kornbörjer, Replerstr.
 - Köln-Rath-Genmar. Vorm. 11 Uhr bei Klein. Köstratherstr.
 - Köln-Poulheim. Vorm. 11 Uhr bei Kämmling, Bentoverstr. 187.
 - Lüdenscheid. Nachm. 4.30 Uhr mit Familie im Lokale des Lüdenerweider Konsumvereins. Vortrag Herr Pfarrer Müller.
 - Millingen. Nachm. 4 Uhr mit Frauen bei Hartmann.
 - Reheim-Dhl. Nachm. 3 Uhr mit Frauen bei Westermann.
 - Reheim-Zundern. Nachm. 5 Uhr bei Funke.

Adressen

- Bremen. Die Adresse des Ortskassierers Ht G. Meyer, Warburgstraße 84.
- Radolfzell. Lokal: Gasthof „Zum Kreuz“ (Kath. Vereinshaus); Kassierer Kaiser Krempa, Hadwigstraße 3.
- Bezirk Südbahru. Die Adresse des Bezirkskassierers ist Nikolaus Dehner, Dreher, Müllchen, Hensburgstr. 11. Die für die Bezirkskasse bestimmten Gelder sind an diese Adresse zu richten.

Tüchtiger selbständiger Sui- u. Wagenschmied
in 3 Klagen gesucht. Näheres München, Rüttenfeldstraße 4/3